

Bezugspreis:
Einzeln 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Pf., halbjährlich 1.80 Pf., jährlich 3.20 Pf. (Postgebühren inbegriffen).
Für das Ausland: jährlich 4.00 Pf. (Postgebühren inbegriffen).
Für die Schweiz, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Kroatien, Ungarn, Türkei, Persien, Japan, China, Korea, Siam, Indochina, Australien, Neuseeland, Südamerika, Afrika, Asien, Ozeanien, etc. (Postgebühren inbegriffen).
Der „Vorwärts“ mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Reichsbanner der Arbeiter und Soldaten.
Telefon-Nr. 1000.
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 15. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moravian, Nr. 11753-54.

Regierungserklärung in Sachsen.

Dresden, 14. Dezember. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)
In der heutigen Sitzung des Landtags stellte Ministerpräsident Buch die neuen Minister vor. Es ergab sich, daß an der bisherigen Zusammenstellung des Ministeriums, die der „Vorwärts“ bereits bekämpft hat, sich nichts geändert hat. Zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten ist der Minister des Innern Lipinski ernannt worden. In seiner Programmrede führte der Ministerpräsident sodann aus:

Die neue Regierung braucht nicht besonders zu erklären, daß auch für sie

die Reichsverfassung zwingendes Recht

ist. Dieses Bekenntnis enthält und aber nicht von der Verpflichtung, zu allen gesetzmäßigen und sonstigen Maßnahmen des Reichs zu allen Aufstellungen und unseren Willen bekanntzugeben. Bei allen Vorberatungen und Maßnahmen im Reichstage wollen und werden wir mitwirken. Wir werden Einsprüche erheben und Änderungen fordern, wenn es notwendig erscheint. Wir werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Die großen, der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben der Sozialisierung der Bodenschätze und der Ruharmachung unserer Wasserkräfte zur Wasserversorgung und Energieerzeugung sowie der Regulierung der Wasserläufe werden von uns im sozialistischen Sinne gefördert werden. An die Angestellten und Arbeiter, Ingenieure und Techniker ergeht unser Ruf, daß sie, beteiligt mit ihrem Wissen und Können, durchdringen von dem Gedanken, daß nur mit ihrer Mitwirkung

die Sozialisierung erreicht und gefestigt

werden kann mit dem Pflichtbewußtsein, von dem allein der Erfolg abhängt, den Staat mit all seinen Einrichtungen als Volkstaat betrachten mögen, dessen Wohlergehen und Aufwärtsentwicklung zugleich das Wohlergehen jedes einzelnen Volksgenossen bedeutet.

Zur Ernährungsfrage übergehend, führte der Ministerpräsident weiter aus: Die Bemühungen beim Reichsernährungsministerium, bei der Reichslandwirtschaftlichen Versammlung in Bayern und Hessen, Sachsen mit Kartoffeln und Fleisch zu versorgen, haben wohl Beachtung gefunden, ein Gleichgewicht in Bedarf und Angebot aber bei weitem noch nicht erreicht, und können wir noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für das sächsische Volk überwunden seien. Wenn der

Appell an Pflicht und Gewissen

nicht ausreicht, dann müssen Landeskreislager, Polizei und Justiz und alle sonst in Betracht kommenden Behörden ausbleiben, daß

Keine Verschiebung der Preußenwahlen.

Den V. V. R. wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Eine Verlegung der auf den 20. Februar festgesetzten Preußenwahlen würde nur im äußersten Notfall dann erzwungen werden, wenn sie notwendig wäre, um den an der Abstimmung in Oberschlesien beteiligten sogenannten Heimattreuen die Beteiligung an den Landtagswahlen zu ermöglichen. Zur Festlegung des Wahltermins ist das Staatsministerium nach Anhörung des Verwaltungskomitees der Landesversammlung berufen. Es ist nicht richtig, daß das Plenum der Landesversammlung sich noch mit dieser Frage zu befassen hat. Die nach dem Gesetz dazu berufenen Stellen haben den 20. Februar als Wahltag bestimmt und halten daran fest.

Die deutsche Delegation für Brüssel.

Berlin, 14. Dezember. Die deutsche Delegation für die Zusammenkunft in Brüssel hat heute abend Berlin verlassen. Infolge Verhinderung des Herrn von Siemens ist als zweiter Delegierter der Reichsregierung der Präsident des Reichsbannerbüros Hagenstein bezeichnet worden. Als Arbeitnehmersprecher reist Gewerkschaftssekretär Silberschmidt vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

Widerstände gegen die Abrüstung.

In Genf wurden wiederum die Fragen der Abrüstung erörtert. Branting (Schweden) betonte, daß die Völkerbundversammlung auf diesem Gebiet so rasch wie möglich positive Arbeit leisten müsse, wenn sie das Vertrauen der Völker nicht verlieren wolle. In der Aussprache stimmte Bernad (England) ihm bei. Von großer Bedeutung war für ihn die Ausschaltung der Privatgewinne in der Rüstungsindustrie. Bourgeois (Frankreich) wandte sich gegen den in der Kommission von norwegischer Seite eingebrachten und angenommenen Vorschlag über die Beschränkung der Substantgaben für das Meer auf die Ausgaben für 1921. Dieser Vorschlag sei unmöglich, da die Lage der einzelnen Länder zu verschieden sei. Bourgeois beantragte daher Abänderung des Vorschlages der Kommission, welchem Vorschlag jedoch der holländische Delegierte Loubon widersprach.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge zur Abrüstungsfrage von der Völkerbundversammlung angenommen, auch der Antrag der Kommission auf Beschränkung

gegen Bucher, gewerbmäßigen Schleißhandel und Nichtablieferung der Pflichtmengen mit dem Nachdruck vorgegangen wird, der durch die Kollage ocdosen ist und in den letzten Monaten rücksichtslos angewendet wurde. Das Wollensend zu dämmen wird aber erst möglich sein, wenn unser Wille zum Frieden überall gerecht beurteilt und die Umstellung der Produktion nach sozialistischen Grundsätzen eingeführt sein wird.

Sodann kündigte der Ministerpräsident

eine besondere Winterbeihilfe

für die bedürftigen Arbeiterrentenempfänger aus Staatsmitteln an, ferner eine Gesetzesvorlage über die Neugestaltung der Lehrerbildung, Maßnahmen gegen die Wohnungsnot, eine Neuordnung der Gemeindeverfassung, bei der die Selbstverwaltung der Gemeinden gewahrt bleiben solle. Die Frage eines Amnestiegesetzes soll durch eine Erhebung geprüft werden, von deren Ergebnis werde es abhängen, ob in Betracht der vielen Einzelmaßnahmen ein Amnestiegesetz für politische Verbrechen nötig sei. Er schloß mit den Worten: Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit wird das Tun und Wollen der neuen Regierung bestimmen. Eine Stütze werden wir dabei finden in dem immer aufstrebenden Gedanken der sozialdemokratischen Welt- und Lebensauffassung. Sie verpflichtet uns, den Blick vorwärts zu richten zu gemeinsamer Arbeit im Interesse unseres Landes und Volkes.

Die Programmrede wurde mit Beifall auf der linken Seite aufgenommen. Donnerstag soll eine allgemeine Besprechung über die Programmerrunde der Regierung im Landtage stattfinden.

Opposition der Demokraten.

In einer Mitgliederversammlung der Deutschen demokratischen Partei erklärte, wie Ul. aus Dresden meldet, Landtagsabgeordneter, Ministerialdirektor Dr. Dehne, für die kommende Zeit sei es für die Deutsche demokratische Partei das einzig Mögliche, in die Opposition zu gehen und darin zu verbleiben, denn die Bildung der jetzigen Regierung sei unvereinbar mit den demokratischen Grundsätzen (?) und ein Unglück. Einer Regierung gegenüber, die sich auf die Anhänger solcher Anschauungen stütze, wie sie die Kommunisten bei der Präsidentenwahl entwickelt haben, sei von seiten einer demokratischen Partei weder wohlwollende, noch abwartende Neutralität, sondern allein die Opposition die gegebene Haltung. Es müsse also notwendigerweise Fühlung, wenn auch nur taktische, mit den anderen bürgerlichen Parteien genommen werden.

der Militärtausgaben in den Jahren 1922 und 1923 auf den Budgetposten des Jahres 1921.

Der in Genf eingetroffene amerikanische Senator Mac Cormick wählte der gestrigen Sitzung des Völkerbundes auf der Pressekonferenz bei. Nach der „Swiss“ soll er seine Eindrücke dahin zusammengefaßt haben, daß man viel zu viel Zeit mit zwecklosen Geschwätz verliere. Das Blatt meint, daß Mac Cormick weniger denn je an den Völkerbund glaube.

Belgische Parteitagung.

Brüssel, 13. Dezember. (SW.) Die belgische sozialistische Partei hat gestern einen beschränkten Parteitag abgehalten, um aber innere taktische Fragen zu beraten. Es kam vor allen Dingen die Frage über eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien zur Sprache. Eine Minderheit ist Gegner der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung. Durch eine Abstimmung, in der eine vom Generalsekretär der Partei vorgeschlagene Tagesordnung gebilligt wurde, ist festgestellt worden, daß 91.000 Stimmen der Minderheit zuzuzählen sind, 87.000 Stimmen haben sich enthalten. 448.000 Stimmen schlugen sich auf die Seite der Parteileitung. Da eine Tagesordnung die Polemik der Minderheit gegen die Mehrheit mißbilligt, glaubt man, daß vielleicht in der nächsten Zeit eine Spaltung der Partei in derselben Weise wie in Deutschland erfolgen könne.

Der Parteitag hat sich sodann für die gerechten Forderungen der Vlamingen ausgesprochen, namentlich aber dafür, daß die in der Verwaltung angewendete Sprache sich nach der Mehrheit der Bevölkerung richten müsse, jedoch sollen die Minderheiten in keiner Weise vergewaltigt werden.

Die Streikbewegung in Böhmen.

Prag, 14. Dezember. (SW.) Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen, nach der die Hauptleitung des Allgemeinausschusses sich weder an den deutschen Parteivorstand noch an die Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg wenden hat, um über eine Beteiligung der deutschen Arbeiter am Allgemeinausschusse zu beraten; dieser sei ein Teilunternehmen der tschechoslowakischen Linken. Daher könne der Parteivorstand eine Beteiligung an dem Kampfe, dessen Folgen unabsehbar seien, nicht einleiten.

Anzeigenpreis:
Die achtseitigen Kompositionen kosten 10 Pf. — W. Teuerungszuschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“ das letzte gebrauchte Wort 1. — W. Teuerungszuschlag 50%.
Wörter 60 Pf., Stellenangebote und Schlußzeilen 40 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.
Wörter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten 2. — W. Teuerungszuschlag 50%.
Wörter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. (Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.)

Der Hotelkrieg.

Oder: Es geht nicht ohne Pöstazienaufsatz.

Was ist es eigentlich? Krieg, Bürgerkrieg, Streik, Boykott, Blockade? Jedenfalls befindet sich Berlin zwischen Linden und Belleoerstraße in ungeheurer Aufregung, man liest in der bürgerlichen, wohlgefinnten, nationalen Presse spaltenlange Artikel darüber, teils schwungvoll pathetische, teils wichtig-ironische, Dichter bestiegen den Pegasus, Zeidner wippen den Stiefel, es ist geradezu große Zeit. Es gibt in dem Lager der Gerechten, die für die gute Sache kämpfen, auch keine Parteien mehr, es gibt nur noch Deutsche, und liebevoll öffnet sich die sonst kaltenherzige „Tägliche Rundschau“ einem Herrn J. Landau, Leiter der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Berlins, der die unschuldig verfolgten Hoteldirektoren folgendermaßen biblisch-klassisch besingt:

Haben sie sich doch alle, alle denselben schändlichen Verbrechensschuld gemacht, um desto williger die bisher gemahnten Hotel- und Konditoreibesitzer so hart bedrängt wurden. Sie haben sich nicht gekümmert, ob sie die gute Sache, ermüdet von langer Weile eintretende Fremde oder auch arbeitserhobene Einheimische heimtückisch zu fällen, rachslos Alte und Schwache zu ernähren, des eigenen Herdes nicht teilhafte Junggehirnen zu verpflegen und ähnlicher Lasten sich schuldig zu machen, die in der Bibel wie im Homer in den Reden aller Kulturnationen als Gastfreundschaft verherrlicht werden.

Wir wollen uns im Paradies und auf Athala nicht lange aufhalten, wir wollen auch nicht die Frage erörtern, ob Erzbischof Abraham 100 M. für das Bett genommen hat und 12 M. für den Morgenkaffee und 20 Proz. Puffschlag für die Bedienung. Jurist ins prokaiserliche Berlin von Ende 1920! Um was handelt es sich? Einige Hoteldirektoren (Gesamt von 80.000 M. aufwärts) sind verhaftet worden unter dem Verdacht, die Vorschriften der Schleißhandelsverordnung übertreten zu haben, einer ist zu ein paar Monaten Gefängnis verurteilt worden, er ist prompt nach der Schwere ausgerückt, über seine Auslieferung wird verhandelt. Nachdem die Zwangswirtschaft Stück für Stück abgetragen worden ist, sind nur noch Brotgetreide, Milch, Butter und Zucker unter ihrer Obhut verblieben, alle anderen Lebensmittel sind frei.

Neben Gastbetrieb ist es also heute möglich, seinen Gästen Fleischbraten, Fleisch und Gemüse jeder Art aufzutischen, ohne die bestehenden Vorschriften zu verletzen. Er kann Brot — allerdings nicht Weißbrot — gegen Marke, in beliebigen Mengen je nach der Zahlungsfähigkeit, auch Delikatessen der verschiedensten Art verabreichen. Nur Milch, Butter und Zucker unterliegen einer für verdohnte Säumen unangenehmen Rationierung. Im übrigen kann man heute in Berliner Schlemmerstuben Speisefolgen zusammenstellen, von denen ein mittlerer Staatsbeamter zehn Jahre lang träumen würde, wenn er Gelegenheit hätte, sie einmal zu genießen. Gar nicht zu reden von den Weinen und Likören, die von 25 M. die Flasche oder 3 M. das Glas aufwärts in jeder Preislage zu erhalten sind.

Man kann heute schon leben in Berlin, wenn man das Nötige dazu hat, man braucht dazu gar nicht die Gelecke zu überretzen!

Die Hoteldirektoren glauben im Interesse der Betriebsrentabilität auch auf Weißbrot, feine Kuchen, Butter, Sahne und Zucker in unbefräßigten Mengen nicht verzichten zu können. Denn verbotene Früchte sind nicht nur besonders beliebt, sondern werden auch besonders gut bezahlt. Da hat die Behörde eingegriffen, sie hat damit Recht getan im Sinne der geltenden Vorschriften, sie hat im Interesse der hungernden Bevölkerung gehandelt, sie verdient darum kein Lob — vielleicht hat sie zu spät eingegriffen —, jedenfalls aber hat sie ihre Pflicht getan.

Weißes Mehl, Milch, Zucker sind für Kranke und Kinder unentbehrlich. Was in den Hotels davon verschlemmt wird, muß entweder zu phantastischen Preisen aus dem Ausland eingeführt werden oder es fehlt überhaupt. Die Vorschriften über die Zwangsbewirtschaftung dieser Lebensmittel sind unentbehrlich, über ihre Einhaltung wachen, heißt über das Leben der Arbeiter- und Beamtenkinder wachen, das von allen Krankheiten der Unterernährung bedroht ist.

Der bürgerlichen Presse ist aber das Wohlleben reicher Hotelgäste und die Bucherfreiheit der Hoteldirektoren wichtiger als das Leben der Kinder.

Die großen Hotels säßlichen zum Protest ihren Küchenbetrieb und verließen, die übrigen Gastwirtschaften in ihren Streik mit hineinzuziehen. Die bürgerliche Presse klagt: „Berlin wird eine Wüste werden!“ Aber keinem dieser Wähler fällt ein, den Hoteldirektoren zu lazen, daß sie die Schuld daran tragen, wenn „Berlin eine Wüste“ wird. Die bürgerliche Presse jammert: „Zehntausende von Angestellten verlieren ihre Existenz.“ Aber daß es die Direktoren sind, die diese Angestellten in ihrem Kampf um die Bucherfreiheit als Kanonensfutter mißbrauchen, indem sie sie frivoll auf die Straße sehen, das hat sie nicht.

Eine Lokalkorrespondenz verbreitet einen irreführenden Bericht, nach dem sich die Angestellten mit dem Hotelfiskus

Ernährungsnot und Siedlungspolitik

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wird die Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums (fünftes Tag) fortgesetzt.

Abg. Hepp (D. Vp.) spricht in langen Ausführungen das Vertrauen seiner Fraktion zu der Politik des Reichsernährungsministers aus. Notwendig ist eine Senkung der Dingen- und Futtermittelpreise, die ermöglicht wird durch den Export überschüssiger Düngemittelmengen. Die Ankündigung des Reichsnotopfers hat heillose Verwirrung in die Reihen der Landwirtschaft getragen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Nieberg (Dnat. Vp.): Zur Steigerung der Produktion sollten wir uns besonders das englische Umtriebsverfahren zum Muster nehmen. Redner wendet sich dann

gegen alle Sozialisierungsbestrebungen

in der Landwirtschaft und erklärt, daß nur die Beibehaltung der eigenen Person und des eigenen Willens das Bestmögliche aus dem Acker herauszuholen imstande ist.

Abg. Frau Worm (U. Soz., links): Trotz aller Beschwerden der Landwirtschaft steigen die Preise, fällt die Produktion, verschlechtert sich die allgemeine Lage. Das Angebot wird so lange knapp bleiben, als nicht die Einfuhr mitarbeiten kann und preisdrückend wirken wird. Der wunde Punkt in unserer Ernährung ist die Kinder- und Jugendernährung mit Milch. Hier wächst die Not im Reiche und in Berlin ständig. Die Proletarier können überhaupt keine Milch mehr kaufen. Tuberkulose und Mischkaffee nehmen ständig zu. Trotzdem ist Herr Hermes äußerst befriedigt. Wir erklären in der Tasche, daß in Berlin nur 87 Trog des Milchbedarfes gedeckt sind, keine Befriedigung. In den Verkaufsstellen gibt es Feigen, Datteln und dergleichen Leckerbissen, aber für die Einfuhr von Fleisch, oder Trockenmilch ist der Ernährungsminister nicht zu haben.

Und bei dieser Not müssen wir Milchkuhe an die Entente abgeliefert werden. Hätten Sie (zur Rechten) nicht die nordfranzösischen Gebiete vermietet und dem armen Häcker die letzte Krume aus dem Stalle gegert, so daß dort die Proletarierkinder heute genau so hungern müssen wie die unsrigen, dann wäre es nicht zu dieser grausamen Maßnahme der Entente gekommen. Was unserer Landwirtschaft nützt ist die Steigerung der Produktion durch eine völlige

Umstellung der Ernährungspolitik.

und zu dieser werden wir gelangen durch die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Böhm (Dem.) ist mit der heutigen Ernährungspolitik einverstanden und weist darauf hin, daß der Vorwurf, daß Minister Hermes einseitig landwirtschaftliche Interessen vertreten würde, vollkommen unangebracht ist. (Beifall um Widerspruch.) Redner wendet sich dann sehr scharf gegen die Siedlungspolitik des preussischen Landwirtschaftsministeriums und erklärt, daß die nun erlassenen Ausfuhrbestimmungen die Siedlung nur hindern, statt sie zu bessern. (Sehr richtig und Widerspruch.) Die bisherige Siedlungspolitik Preußens ist vollkommen ungenügend. (Beifall und Widerspruch.)

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun

wendet sich gegen die Angriffe des Vorredners und weist darauf hin, daß der Vorredner von den Schwierigkeiten anscheinend keine Ahnung habe. (Sehr richtig!) Trotz der Überlastung des Ministeriums wurden die Ausführungsbestimmungen mit außerordentlicher Schnelligkeit herausgegeben. Die bisher in einem Jahr bereitgestellten 1000 Hektar stellen angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten eine stattliche Summe dar. Die Durchführung des ganzen Programms, das die Besiedlung von 2-3 Millionen Hektar vorsieht, beansprucht mindestens 20 bis 30 Jahre, um so mehr als die ganze Struktur unserer Landwirtschaft vollkommen anders ist. (Sehr richtig!) Mit Entzignung wurde noch weniger vorgegangen und zwar gerade wegen der stets abnehmenden Haltung der Parteigenossen des Herrn Dr. Böhm. (Hört! hört!)

Seine ganzen Behauptungen hat er unbewiesen gelassen, er hat gesprochen wie in einer urteillosen Parteiverammlung. (Sehr richtig!) Den Ausführungsbestimmungen waren natürlich durch das Gesetz Grenzen gezogen, aber innerhalb dieser Grenzen sind die Bestimmungen genau im Geiste des Gesetzes gehalten. Die Kulturamtsbeamten haben die Pflicht festzustellen, ob der Landwirtschende auch in der Lage ist, das Land wirtschaftlich zu bearbeiten. (Sehr richtig!) Das ist um so mehr notwendig, als viele Leute heute ihr

Papiergeld in Land umsetzen

möchten und das muß unter allen Umständen gerade bei der Siedlungspolitik vermieden werden. (Sehr richtig! links.) Bei der Abgabe von Domänen dürfen die meist auf lange Jahre laufenden Pachtverträge nicht vergessen werden, die dem im Wege sind. (Sehr wahr!) Ich bitte doch in Zukunft bei so wichtigen Dingen keine Wahlreden zu halten, sondern nur sachliche Darlegungen der Kritik zugrunde zu legen. (Beifall links.)

Abg. Banz (Kom.): Angesichts des Stands der Massen steigen die Preise auf der anderen Seite ins Unbegreifliche. Die Politik der Deutschnationalen zögert immer neue Blüten. Unsere Landwirtschaft beruht gänzlich auf kapitalistischer Grundlage und ist mit allen Schwächen und Fehlern des kapitalistischen Systems belastet. Es ist nicht richtig, daß die Reproduktion im Interesse des Volkes liegt, das Volk hat nur daran Interesse, daß davon mehr produziert wird, was die Not des Volkes lindern kann.

Kommen Sie nicht wieder mit Rußland. Ein gerichtliches Urteil hätte wohl kaum 84 Jahre Krieg führen können wie Sowjetrußland. Durch das neue Währungsrecht wird den Schiebern und Wucherern ebensowenig geschadet werden wie durch das alte.

Abg. Dr. Böhm (Dem.):

Der preussische Landwirtschaftsminister hat mir Vorwürfe gemacht, die von Sachlichkeit wenig merken lassen. Redner bringt dann Material über Fälle, in denen Siedlungskolonisten ihr Vorhaben entweder erschwert oder gänzlich verheißt wurde. Selbst der „Vorwärts“ habe festgestellt, daß das preussische Landwirtschaftsministerium an Rang an Verhandlung über Siedlungskolonien weit leide. Der Minister hat auch gelogt, er wolle nicht, daß die kleinen Leute für ihr minderwertiges Papiergeld Land bekommen. Ich werde in meiner Kritik dieses Verhalten des preussischen Landwirtschaftsministers fortsetzen.

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun:

Die Anwürfe gegen mich auf dem Gebiet der Siedlungspolitik sind recht weit hergeholt. Ich werde später an der Hand des Stenogramms zeigen, auf welche Weise Herr Böhm Beweismaterial verbeizelt. Ich bin als Minister für eine gewissenhafte Verwaltung der Domänen verantwortlich, ich darf sie nicht veräußern. Ich weiß, daß Herr Böhm nicht nur auf eine allgemeine Kritik des „Vorwärts“, sondern auch auf Verdächtigungen der „Deutschen Tageszeitung“ beruft. Die Vorwürfe der Verschleppung der Ausführungsbestimmungen weist der Minister

an der Hand von Material zurück. Für das Vorgehen des Abg. Böhm steht mir überhaupt der geeignete parlamentarische Ausdruck. (Beifall links.) Die Tendenzmeldung von der Abfertigung der Reichstagsfrage wurde in unerhörter nationalisistischer Weise ausgeschmückt. Warum hat der Minister dagegen nichts unternommen, ganz besonders nichts gegen die nationalisistische Umdeutung des Deutschen Metzgerbundes. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts. Aufschreie.)

Abg. Nieberg (D. Vp.) weist die Angriffe des Vorredners gegen den Deutschen Metzgerbund zurück. (Beifall rechts. — Widerspruch links.)

Abg. Graf (Kom.) fordert Verantwortung der schon im Ausschuss gestellten Frage, wie es mit der Dienstwohnung des Ministers bestellt sei, für die zweimal je 15000 M. in den Etat eingestellt sind.

Der Präsident Dr. Bess erklärt, daß die Wortmeldungen ständig zunehmen, so daß kaum mehr Aussicht besteht, mit dem Etat des Ernährungsministeriums fertig zu werden.

Abg. Gildemeister (D. Vp.) erklärt die in der Presse aufgetauchten Gerüchte von Geldempfang durch die Partei-fasse als vollständig unwahr.

Abg. Verstein (Soz.):

Auch wir sind der Meinung, daß die Regierung sich die Veranlassung des Abkommens betreffs der Milchfrage besonders hätte angelegen sein lassen sollen. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Nieberg und betont die unbedingte Notwendigkeit zu

besseren Beziehungen mit den Nachbarvölkern

zu kommen. Die Sprache der Rechtsparteien ist geeignet,

Beamtenrecht und Altersgrenze.

In der Dienstausschuss-Sitzung der Preussischen Landesversammlung stellte Vizepräsident Dr. Försch zu einem Artikel des „Berliner Lokalanzeigers“ fest, daß im Wirtschaftsbetrieb der Preussischen Landesversammlung niemals Gleichhandlungsmare wie Wehl, Jüder u. a. verwendet worden ist.

Der Gesetzentwurf betr. die Übertragung richterlicher Geschäfte in Grundbuchämtern auf die Gerichtsschreiber und die Vorleser der Katasterämter wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso in erster, zweiter und dritter Lesung der Entwurf zur Ergänzung des Staatshaushaltsgesetzes für das Jahr 1921. — Eine Reihe von Verordnungen des Justizministers über Änderung von Gerichtsbezirken anlässlich der Ausführung des Friedensvertrags werden zur Kenntnis genommen. — In der Abstimmung über die Anträge zu der Verordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wird abgelehnt der Antrag Hanna (Soz.) auf Aufhebung des § 5, welcher den Ortspolizeibehörden das Recht gibt, solchen weiblichen Gasthausangestellten, welchen ein Verstoß gegen die guten Sitten tatsächlich nachgewiesen ist, die Beschäftigung im Gasthausgewerbe zu untersagen. Auch die übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt und die Anordnung in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Einführung einer Altersgrenze.

Abg. Dr. Frensmuth (Soz.): Die Behauptung, daß das Altersgrenzengesetz dem Gerichtsverfassungsgesetz oder der Reichsverfassung widerspricht, ist falsch. Außer Preußen haben fast alle anderen Einzelstaaten längst die Altersgrenze eingeführt; ich nenne nur Bayern, Sachsen, Württemberg, Oldenburg und Sachsen-Weimar. Baden. Fast in allen diesen Ländern ist die Altersgrenze auf 65 Jahre festgesetzt.

Abg. Varnitz (Dem.): Der Gesetzentwurf ist auch im Interesse der Beamtenschaft notwendig. — Abg. Meyer-Gorff (D. Vp.): Das Gesetz ist ein schwerer Eingriff in die Rechte des Richtertums, der von Gesetzes wegen Anspruch auf lebenslängliche Anstellung hat. Das Gesetz ist ein politisches Ausnahmengesetz. — Abg. Schulte (Z.): Wir bitten um Annahme unseres Antrags, der die Einführung einer Uebergangszeit festlegt.

Finanzminister Lüdemann:

In der neuen Reichsverfassung steht ausdrücklich, daß die Einführung einer Altersgrenze auch für Richter zulässig ist. Von der Beamtenschaft wird dieses Gesetz ausdrücklich gewünscht. Die Staatsregierung will durch dieses Gesetz nur den Bedürfnissen des Verwaltungssystems und den Wünschen der jungen Beamten gerecht werden. Die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts dürfen von den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht ausgenommen werden. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit unseres Verwaltungsapparates ist eine

Verjüngung unseres Beamtenkörpers

durchaus erforderlich. Ein erheblicher Teil der Beamten kann sich auf die neue Zeit nicht mehr einstellen. Auch das spricht für die Notwendigkeit einer Verjüngung.

Abg. Regenborn (Dnat.) will im Gesetzentwurf die Direktoren der Oberversicherungsämter den richterlichen Beamten gleichgestellt wissen.

Finanzminister Lüdemann erklärt, daß den Direktoren der Oberversicherungsämter die Merkmale der richterlichen Beamten fehlen; sie können deshalb im Gesetz nicht wie diese behandelt werden.

Abg. Dr. Frensmuth (Soz.): Wir werden den Antrag auf Heraushebung der Altersgrenze für die Direktoren der Oberversicherungsämter ablehnen, denn diese Beamten sind keine richterlichen, sondern Verwaltungsbeamte. Ebenso lehnen wir den Antrag ab, die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts von dem Gesetz auszunehmen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Schulte (Z.) auf Heraushebung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre mit 94 gegen 115 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt; ebenso wird der Zentrumsantrag auf Heraushebung der Altersgrenze für die richterlichen Beamten auf 70 Jahre mit 112 gegen 94 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt. Es bleibt also bei der Altersgrenze von 65 Jahren und bei der Altersgrenze von 70 Jahren für richterliche Beamte und die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts und des Landeswasseramts. Angenommen wurde ein Antrag Dominicus (Dem.), wonach das Gesetz auch Anwendung findet auf das Lehrpersonal an den von Patronen unterhaltenen höheren Schulen, an den höheren Mädchenschulen und an den städtischen Mittelschulen. Ferner wird ein Antrag derselben Antragsteller angenommen, wonach die Bestimmungen des Gesetzes durch Orts- u. Statut auch für Kommunalbeamte in Kraft gesetzt werden können. Die Abstimmung über einen Zentrumsantrag auf Zulassung einer Uebergangsperiode von zwei Jahren, während der die Bestimmungen des Gesetzes erst mit der Vollendung des 68. bzw. 70. Lebensjahres maßgebend sein sollen, ergibt die

die Situation Deutschlands noch mehr zu verschlechtern. (Widerspruch rechts. — Sehr richtig! links.) Das ist Hochverrat am deutschen Volk. (Zumut rechts. Zurufe: Unverschämtheit. — Beifall links.)

Abg. Ledebour (U. Soz.) bemängelt zur Geschäftsordnung, daß der Minister nicht mehr im Hause sei. Er beantragte deshalb Suspension der Sitzung bis zum Erscheinen des Ministers. — Der Antrag wird mit allen bürgerlichen gegen alle sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Abg. Lind (Dnat. Vp.): Die Reichsgetreidestelle hat vollkommen verlagert. Die Sozialisierung würde der Landwirtschaft den Garaus machen. (Beifall rechts. — Unruhe links.)

Abg. Berg (U. Soz.) bespricht den

Fall des Regierungsrats Dr. Fürst

der Einfuhrabteilung des Ernährungsministeriums. Der Minister behauptet, daß, solange Fürst im Ministerium gewesen sei, er keine pflichtwidrige Handlungswiese bei ihm feststellt habe, die Vorwürfe seien erst nach seinem Abschied gegen ihn erhoben worden. Dem entgegne verweise ich auf den Brief, den ich im Juni der Betreiberei nach Einsichtnahme in die Korrespondenz an den Minister geschickt hatte.

Ein Regierungsrat (in Abwesenheit des Ernährungsministers): In dem vom Herrn Abg. Berg angeführten Briefe findet sich kein Hinweis auf eine Schuld des Dr. Fürst.

Abg. Berg (U. Soz.): Der Herr Regierungsrat konnte auf meine Behauptungen nichts Erhebliches erwidern, insoweit es nicht es dabei, daß das Ernährungsministerium gegen Korruptionserscheinungen nichts unternimmt.

Abg. Janßen (Dnat. Vp.): Die Landwirte haben ihrer Abfertigungspflicht Genüge getan. Die Beamte der Reichsgetreidestelle Agitation gegen die Landwirte betrieben haben, ist sehr bedauerlich. Damit schließt die Debatte. Abstimmung erfolgt morgen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Reichshaushaltplan; Abstimmung über den Etat des Reichsernährungsministeriums; zweite Lesung des Gesetzes über die Kapitalflucht. Interpellation Bergt (Dnat. Vp.) über die russischen Kriegsgefangenen. Schluß 7 Uhr.

Beschlußfähigkeit des Hauses,

da sich an der namentlichen Abstimmung nur 191 Abgeordnete beteiligen. (Entrüstungsurufe von der Linken: Sabotage!) — Der Vizepräsident beräumt auf 5 Minuten später eine neue Sitzung an.

Zweite Sitzung.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betr. den Hornviehdiebstahl wird in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der Rechten angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Jagensböden zugleich mit einem Antrag Peters-Hochdorn (Soz.), der die Verpflichtung auch auf die Stadtreise ausdehnt. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des

Haushalts für die Forstverwaltung.

Nach Ausführungen der Abgeordneten Veld (D. Vp.) und Deutler (Dem.) ergreift das Wort der

Landwirtschaftsminister Braun:

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Beamten der Forstverwaltung habe ich mir angelegen sein lassen. Auch sind die Vertreter der Förster, entgegen anders lautenden Behauptungen im Ministerium vor der Ausarbeitung des Gesetzes angehört worden. Den Förstern ist die Möglichkeit geboten, auch in höhere Dienststellen aufzurücken. Eine Kontrollinstanz im Ministerium für einen Vertreter des Förstervereins zu schaffen, würde zu Unbilligkeiten führen. Auch den Waldarbeitern habe ich ertägliche Verhältnisse zu schaffen beabsichtigt. Die Tarifverträge müssen nach beiden Seiten unbedingt innewgehalten werden, alle Fälle, wo dies nicht geschieht, sollen wir gemeldet werden, auch ist der Schlichtungsausschuss im geregelten Verfahren anzurufen.

Rein Arbeiter darf wegen der Zugehörigkeit zu einem politischen oder wirtschaftlichen Verbande entlassen werden, jede solche unrechtmäßige Entlassung wird von mir bestraft werden.

Die Wahlen zum Betreiberei sind von einigen Oberförstern nur deshalb verzögert worden, weil sie glaubten, das Ministerium würde noch besondere Bestimmungen darüber erlassen. Den Forstern, der bei einigen Beamten noch vorderrücken soll, kann man nicht durch besondere Vorschriften abschaffen, ich hoffe, daß mit der Zeit die letzten Spuren davon verschwinden werden. Die Lieferung von Grubenholz an die Bergbauverwaltung ist durchaus erwägenswert, der verteuerte Zwischenhandel müßte dabei möglichst ausgeschlossen werden. Alle Befürchtungen, daß die staatlichen Forsten durch die Einkäufe der letzten Jahre zu sehr angegriffen würden, sind grundlos. Der Verwüstung der privaten Forsten soll durch ein Rotgesetz gesteuert werden, welches die Einkäufe der Privatbesitzer von einer bestimmten Höhe ab genehmigungspflichtig macht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Verten (U. Soz.): Der in den Forstschulen noch vielfach herrschende militärische Geist muß unter allen Umständen verschwinden.

Der Haushalt der Forstverwaltung wird angenommen. Es folgt dann die Beratung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Busch (Zentr.): Ich richte eine Warnung an die deutsche Landwirtschaft, den unsoliden Zwischenhandel aufzuhalten, die Genossenschaft auszubauen, wie es in Baden schon mit gutem Erfolge geschehen ist.

Abg. Leibis (D. Vp.): Wir werden eine Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftskasse vornehmen müssen. Eine Vereinbarung mit der Preussischen Sozialkasse wäre unpraktisch.

Nach einigen Mitteilungen des Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heiligenstadt, die auf der Tribüne ungenügend bleiben, vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Altersgrenzengesetz, Grundbesitzsteuergesetz, Landwirtschaftskammergesetz. Schluß 7 Uhr.

Soziales.

Arbeiterlohn und Beamtengehalt.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir um so lieber Raum geben, als sie das Problem „Arbeiterlohn und Beamtengehalt“ einmal gründlich beleuchtet:

Die Beamten, in letzter Zeit die Post, Eisenbahn, Kommunal- und Staatsbeamten usw., belagern sich immer und immer wieder über zu niedrige Gehaltszulagen, Feuerungs- und Ainderzulagen. Ich will gleich im voraus bemerken, daß ich die Gehälter an den heutigen Verhältnissen gemessen, kaum für ausreichend, mindestens nicht zu hoch halte. Nun möchte ich mal die Beamten

Sitten, in Arbeiterkreisen (gelernten und ungelerten) Umfrage zu halten, wie sich die Löhne zu den Jähren verhalten. Gewiß sind Löhne von 5, 6 und 7 M. pro Stunde gezahlt, doch unter den Hunderttausenden in Berlin werden sich wenige finden, welche das Glück hatten, auch nur einige Jahre hintereinander ohne Ferienpausen durchzuarbeiten, von den letzten beiden Jahren noch abgesehen. Die große Masse mußte mindestens ein Viertel- bis ein Dritteljahr zwangsweise feiern infolge Arbeitsmangel. Hat schon einmal ein Beamter Umschau auf den einzelnen Arbeitsschweifen gehalten? Ich glaube, er würde mit Schaudern diese Mäurer verlassen und sich nach seinem Beamtenstande sehnen.

Was würden die Beamten sagen, wenn ihnen jeder Feiertag, Krankentag und sonstige notwendige verläumtete Stunden in Abzug gebracht würden? Haben wir nicht bis vor kurzer Zeit die Gemeindefinanzverwaltung für die Beamten zahlen müssen? Deshalb mußten dem Eisenbahnbeamten noch extra Prämien gezahlt werden, wenn er seine Pflicht erfüllen sollte, z. B. Aufdeckung oder Unterlassung von Schieberereien u. dergl. Deshalb ist es nach Ansicht der Beamten Pflicht des Staates, dieselben ausreichend zu pensionieren? Leistet etwa ein Beamter mehr für den Staat als ein Arbeiter? Letzterer wird einfach auf Pfahle gesetzt, wenn er seine Pflicht nicht erfüllt.

Ich arbeite jetzt 27 Jahre als Tischler, doch muß ich leider mitteilen, daß ich laut Verbandsbuch (Holzarbeiterverband) in dieser Zeit nur 12 Jahre voll gearbeitet habe. Ich möchte denjenigen kennen lernen, der mir nachweisen kann, daß ich jemals ohne zwinrende Gründe gefeuert habe, natürlich hielt ich es für meine Pflicht, in Lohnkämpfen, welche in dieser Zeit geführt wurden, stets meinen Mann zu stehen, und Aussperrungen waren ja früher auch nicht Seltenes. Na, von allen diesen Dingen hat ein Beamter keine Ahnung. Wirtschaftshilfen, Teuerungszulagen, Kinderzulagen, billige Lebensmittel und Brennstoffeinkäufe, Entschädigungszulagen von tausend Mark zweimal im Jahre ... das beim Arbeiter derlei Vergünstigungen fortlassen, weiß wohl der Beamte nicht. Nun hört man so oft: ja, aber unsere niedrigen Tarifansätze halt! Ja, sagen die Beamten, ja, was ist denn mit einem Handwerker, vier Jahre Gehalt, und dann verdient man 5, 6 und 10 M. in der Woche in den ersten Jahren.

Wie ist es nun mit der Arbeitszeit des Beamten? Erst dieser Tage wurde eine Verfassung erlassen, daß die Beamten möglichst acht Stunden arbeiten sollten inkl. 1/2 Stunde Mittagspause. Unsere Arbeitszeit inkl. Pausen ist von 7-4 Uhr, während die Beamten selten länger als von 9-3 anwesend sind. Wenn Vorkassierer Feierabend um 16-18 Uhr haben, so müssen sie eben verstanden, bei der Armut unseres Landes

damit auszukommen. Sgl. die Arbeitslosen, welche 8, 10, ja 12 Monate beschäftigungslos sind.

Nun kann man mit ein Beamter das Rätsel lösen, wie es ein Arbeiter machen soll, wenn er sich ein Kapital sparen will, von dem er auch nur annähernd soviel Zinsen beziehen kann, wie wir für unsere Beamten Pension aufzubringen haben. Mit einem Donnerwetter müßte man dazwischen fahren, wenn man dieses blödsinnige Geschwätz, hauptsächlich von den Beamten und Krämer, hört: ja, es muß ja alles teuer sein, die Arbeiter verlangen ja so hohe Löhne! Sie selber bekommen fast das Doppelte dieser Arbeiter. Wo und wann hat es denn z. B. einen Banarbeiters gegeben, welcher bei seinen „hohen Löhnen“ das ganze Jahr arbeiten konnte?

Tausende und aber Tausende in unserem Vater liegen seit vielen Monaten auf der Straße, und täglich werden Betriebe geschlossen, doch die Regierung rührt sich nicht, weil wir ja keine Beamte sind. Das Almosen, welches den Arbeitslosen gereicht wird, ist doch nur ein Kalkül auf eine Wunde. Die Witwen und Waisen der Beamten beziehen eine kleine Pension, was bezieht dagegen die hinterbliebene Familie eines Arbeiters? Duzende von Waisenklindern liegen sich noch anführen, doch obige Reizen werden hoffentlich die Beamten usw. zum Nachdenken veranlassen. **Fritz Lamm.**

Aus aller Welt.

Wie Amerika sozialisiert.

Zwei Führer der radikalen „International Association of Machinists“ (amerikanischer Metzgerarbeiterverband) sind als Direktoren in die weitverbreitete Nationalbank in Washington eingetreten. Sie erklären diesen mit Zustimmung des Verbandes unternommenen Schritt als das beste Mittel, genaue Kontrolle auszuüben über das Vermögen des Metzgerarbeiterverbandes, bis man eine eigene kooperative Bank errichten könne.

„Wenn wir als Arbeiter“, so führten sie einem Vertreter der „Federated Press“ gegenüber aus, „jemals in die Lage kommen, die demokratische Kontrolle über die Industrie auszuüben, müssen wir zuerst wissen, wie sie läuft. Wir müssen wissen, wie sie finanziert ist und wie die Finanzierung vereinfacht und verbessert werden kann. Das ist's, was wir im Vorstand lernen können. Was den unmittelbaren Vorteil in dem industriellen Kampf angeht — so brauchen wir keinen nicht zu erzählen, daß wir jetzt Kredit zu besseren Bedingungen haben können als in der Zeit bevor wir unser Kapital

bei der Bank anlegten. Es gibt zwei Wege, die Kontrolle über die Industrie zu erlangen: sie aufzulassen oder sie mit Gewalt über wir haben das Geld, wenn wir es zusammenlegen und richtig gebrauchen. Wenn die Arbeiterkraft sich erst der Macht ihres Geldes bewußt wird, das doch die Grundlage der gesamten Industrie bildet, werden wir wirkliche Fortschritte machen. Gerade die Kontrolle der Banken ist der Weg zur neuen sozialen Ordnung.“

Schadenbruch einer D.-Zug-Lokomotive. Der Schnellzug D 4 Berlin-Hamburg hat bei Bergdorf einen Achsenbruch der Maschine erlitten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Befohlene Platinshieber. Aus Freiburg i. Br. wird gemeldet: Ein Landwirt und Hofhändler aus der Umgegend von Freiburg i. Br. kam mit seiner Tochter nach Freiburg, um sich an einem Platinhandel zu beteiligen, der ihm von unbekannter Seite vorgeboten worden war. In einer Wirtschaft wurde mit drei Leuten darüber verhandelt. Einer der Fremden sollte die Tochter, die 25000 M. bei sich führte, auf die Straße entrichten ihr das Geld und entließ. Auch seine beiden Komplizen entließen.

Schweres Schiffsunglück in der Ostsee. Ein furchtbares Schiffsunglück ereignete sich in der Ostsee. Während eines Sturmes erhielt am vorigen Freitag das Motorschiff „Korpe“ ein Riß und ging unter. Die Frau des Kapitäns und zwei Mann der Besatzung ertranken. Die übrige Mannschaft klammerte sich an die Kommandobrücke und trieb zwei Tage lang auf der beweateten See umher. Infolge der ausdauernden Leiden wurden mehrere Mann der Besatzung wahninnig und sprangen in die See. Erst am Sonntag wurden die überlebenden Schiffbrüchigen, der Kapitän und vier Mann, von dem Leuchtturmwächter in Gotland gesehen und gerettet.

Hoover plant eine neue Hilfsaktion. (N. Y. S.) Herbert Hoover hat erklärt, er werde nicht eher ruhen, bis er für die hungernden Kinder Europas wenigstens 25 Millionen Dollar aufgebracht habe. Er will an die Grobmann und das Ringel des amerikanischen Volkes appellieren und hofft, daß sich auf diese Weise neue Hilfswellen erschließen lassen, da die mit dem Weltbank der amerikanischen Regierung eingeleitete Sammlung nicht ausgereicht hat, um dem Elend der darbenenden Kinder wirksam zu steuern. Hoovers Plan hat in Amerika bereits ein lebhaftes Echo gefunden, so daß er wahrscheinlich den gewünschten Erfolg haben wird.

N. JSRAEL

BERLIN C, Spandauer Str. 16 Gegründet 1815 BERLIN C, Königstr. 11-14

<p>Bettwäsche</p> <p>Deckbettbezug aus Madapolam 108.- Kissenbezug 60x80 cm 32.- Deckbettbezug aus Linon, vorzügl. Qualität, 130x200 150.- Kissenbezug Linon, 60x80 49.- Laken Hemdentuch, mit Naht, 135x225 cm 79.- Laken vorzügl. Hemdentuch, 148x225 cm 98.- Überlaken mit Hohlraum garniert 178.- Kissenbezug mit reicher Lochstickerei, 80x80 cm 69.-</p> <p>Korsett aus grauem halb-baren Stoff 31.50</p> <p>Morgenrock aus Flauschstoff mit gesteppter Bode 95.-</p>	<p>Kleiderstoffe</p> <p>Hauskleiderstoffe meliert, mit feinen Streifen 29.- Rockstoffe praktische Qualität, 130 cm 46.- Reinwoll. Cheviot marine, 110 cm 79.-</p> <p>Seide u. Samt</p> <p>Blusenstoffe gestreift od. schottisch kariert Mtr. 29.50 schwarz, weiß, farbig, 94 cm Mtr. 78.- Kleiderstoffe gestreift od. schottisch kariert Mtr. 67.- Velours du Nord Mtr. 89.-</p> <p>Silckerellen für Leibwäsche Stücklänge 4/5 Meter. Verkauf nur in ganzen Stücken. Serie I 2.90 Serie II 3.25 Serie III 3.90 Serie IV 4.50</p>	<p>Schürzen</p> <p>Schmuckschürze aus weiß besticktem Batist 25.- Servierschürze Linon mit Einsatz 29.- Blusenschürze Wiener Form, aus gemust. Kreton 35.-</p> <p>Unterröcke</p> <p>Unterrock aus kariertem, dunkelfarbigem Stoff 39.- Unterrock aus Bourrette-Stoff mit Säumchen-Volant 48.- Unterrock aus schwarzem Alpaka 66.-</p>	<p>Wirkwaren</p> <p>Knaben-Mütze gestrickt, weiß, Reinwolle 22.50 Kinder-Gamaschen Reinwolle gestrickt, weiß, 6 Größen, Gr. I 22.- Damen-Strümpfe schwarz, Reinwolle, vorzügl. Qualität 33.50</p> <p>Pelzwaren</p> <p>Pelzkragen Fuchsfurm, Skunks-Kanin 130.- Muff Skunks-Kanin dazu passend 94.- Alaska-Fuchs gerade moderne Form 675.-</p> <p>Hausschuhe grau mit biegsamer Filz- und Ledersohle Gr. 36-42 29.50</p>	<p>Lederwaren</p> <p>Notizarmband Neuheit, D.R.G.M.a., echt Leder mit abwaschbarer Schreibplatte und Bleistift 5.50 Damentasche echt Leder 36.- Scheintasche m. Lederfutter 39.-</p> <p>Elektr. Apparate</p> <p>Plättchen vernickelt, mit Zuleitung 110.- Kochplatte vernickelt, mit Zuleitung 125.- Wärmestrahler elektr. Heizofen, mit Zuleitung 290.-</p> <p>Bettvorleger Axminster in pers. Must. Größe etwa 55x115 cm 75.-</p>
--	---	---	--	--

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe, Alimenten, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Treitz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet. Teil: Köniqstr. 39/40

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille
Elektrobureau, Grüner Weg 100.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé, für Geschlechts-, Haut-, Hals-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Lues-Kuren, Blutuntersuchungen, Bestrahlungen mit Röntgenstrahlen, Blau- u. Pinnen-Licht, in der Heil- u. Lösser-Dir. O. Löser, Münzstr. 9, Anat. „Lösser“ nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonnt. 9-11 Damen separat

Korpulenz, Fettleibigkeit bereiten Dr. Hoffmanns ge. gesch. Enffettungs-Tabletten
Vollkommen unschädliches u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Leicht bekömmlich. Broschüre auf Wunsch! Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipz. Str. 74 (Dönhofl.), Ztr. 7192.

Dauer-Kragen 3 M. 4 M. 8 M. usw.
weg Fabrikaufl. Stg. 1-6-eoff. Taubert, Markgrafstr. 78/1

Altmittel wie Weißmetall, Zinn, Kupfer, Rotguld, Blei, Messing, laßt zu Lagerpreisen 1. August, 20. Stützenstr. 2, Pulverer Straße 12, Ecke Dresdenstr. 20/21.

Everth & Mittelmann Bankgeschäft
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petriplatz 4 Gegr. 1875 gegenüber der Petrikirche.
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 115-41.
An- und Verkauf von Effekten und Coupons
Geschäftszeit 9-3.

Praktische Weihnachtsgeschenke Große Auswahl, Erstklass. Arbeit.

Korbmöbel

kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller

A. LESDAU

Werkstätten für feine Korbmöbel
Fernsprecher: Neukölln 1759
Ausstellung und Verkauf nur Neukölln, Anzengruberstr. 20.

Bequeme Korbessel mit Polster von 98 M. an • Reizende Kindersessel von 35 M. an
Straßenbahnlinien: 7, 15, 35, 37, 46, 47, 49, 53, 65, 89, 94 V. C. R. P. Siding 1 12820*

Arbeiter • Angestellte • Konsumvertrieb! Besorgt Euch mit prima Gummihosenträgern in bester Verarbeitung direkt vom Hersteller ohne Zwischenhandel, von Dr. Schillerstr. 5, III, 3-6 Uhr. 59/19

Möbel auf Bar oder Kredit zu den billigsten Preisen u. leichtesten Bedingungen. — Biete auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Alsterstr.

Friedrichsroda, Thüringer Wald 430-710 m ü M. Auch im Winter jetzt voller Kurbetrieb, Wintersport, musik. u. gesellschaftl. Unterhaltungen. Prospekte: Stadt Kurverwaltung.

Weihnachtsbäume!
Wälder Bestau, Gärten 140-220 Mark per St. Einzelverkauf 3-10 Mark per St. 2027b
Am Prenzlauer Tor, Linienstraße, Ecke Weinbergstraße.

Kupfer, Pianos
Steffing, Kunz, Rint, Bier, Platin, Gold- und Silberbeschläge samt. Elu. u. Edelmetalle
Metall-Einkaufs-Zentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz) Mpl. 135.80.

Pianos
gute gebrauchte, tadelloser angearbeitet, von 4200 M. an, wenig gebrauchte, neu, große Auswahl, billig, stets günstige Gelegenheitskäufe.
Pianohaus Alexanderstr. 37 gegenüber Polizeipostamt.

Gartenlandparzellen
Niederschönhausen, in guter Kultur, bequem erreichbar, verkaufte ausnahmsweise billig mit
70 Mk. pro □ R
Auskunft auch Sonntags, Niederschönhausen, Blankenburger Straße 53, an der Endhaltestelle der Linie 49 S. Joseph, Amt Moabit 867.

Pelz-ABUCCO
Zahlungsvereinfachung
Leipziger Str. 58

Weihnachts-Präsent-Giftchen von 10 Mark an.
Zigaretten alle bekannten Marken.
Tabak
In jeder Packung u. in allen Preislagen faßt man bei **Gebr. Schanzer,** Teilmann-Großhandlung, Haupt-Geschäft und Engros-Verkauf Alexanderstr. 9, R. Roggenstr. 11/12, Friedrichstr. 243, Weinbergstr. 11, Ecke Silesische, Alexanderstraße 14b.
Bitte ausschneiden!

Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink, Quecksilber, alle Metallarten kaufen
Deegener Straße 24 Waldstraße 3
Gubener Straße 59
Bahnhofstraße 46, Schönberg
Stalhofer Straße 95 a, Ecke
Canthar Platz
Kamierstraße 10

M. Dessen, Berlin
Alexanderplatz 2, 1. Treppe
Rat für Gewerbetreibende
35 Bl. u. 200 M. 205 Bl. 300 M. 210
40 200 215
50 200 275
Abgabe von 100 Stück an
Kuswahl bei Bar- u. Conto.

Vorwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufführung und Verwertung geistige Erfindungen: Ein neuer Geist? Lebt gratis
J. Erdmann & Co., Berlin, Rönnecker Str. 71.

Transport, Kachelöfen, eiserne Oefen aller Systeme, Relormolen
Spezialität: Lademann's
25% Kohlenersparnis, für jeden Raum geeignet, Herde i. Haushaltungen, Wirtschaft, Hotellkuch, usw. liefert
F. H. Max Lademann G. m. b. H. Berlin SW 19, Seydelstr. 12/13.

Spez. Beh. Ischias nur für in Hüften, Gesäß und Beinen. Da schwere Fälle in 15 Tag. beseitigt werden, hierüber unantastbare Heilerfolge bestehen und Referenzen invalidenstr. 106 Jacoby von 9-2.

Pelzwaren
beliebteste Jahnweife abnehm. Bei Verzählung 10% Nachsch. Kriegsanst. m. m. fähig. genomm.
Pelzwarenfabrik

KALLIS, Tlie-Wardenbergstr. 11, nahe Stadtbanhofs-Tiergarten. Telefon: Rönne 76224.

Piano
Aufbau 450.- und andere preiswert. Gegenüber. Wiesner, Dresdenstr. 88, Birganzbergl

MASSARY

Zum Weihnachtsfeste!



KON LINON

LANDE

CIGARETTEN SIND DIE BEKANNT GUTEN

Die beste Weihnachtsgabe:
Coloniasport
Sachsenblume
Eno

Statt jeder besonderen Meldung!
 Am 10. Dezember entließ sich unsere ablebende Mutter, meine liebevollste Schwester,
verw. Frau Oberstabsarzt Dr. Senff
 Rose geb. Wohl
 nach schmerzhaftem Krankenlager.
 In dieser Weise
 Rechtsanwält Dr. Halpert und Frau
 Katharina Gifels geb. Senff
 verw. Frau Florentine Fromm.
 Neue Bahnhofsstr. 7.
 Die Einäscherung hat stattgefunden.
 Beileidbekundung dankend erbeten. 90/20

Bezirksverband S. P. D.
 25. Abteilung.
 Am 12. d. M. fand unsere
 161/18
Lucie Schulz
 im Alter von 23 Jahren
 Die Einäscherung findet
 am Samstag, den 17. d. M.,
 im Krematorium Gerichts-
 straße statt.
 Nege Beteiligung erwartet
 Der Vorstand.

Am Sonntag, den
 11. Dezember, nachmittags
 4 1/2 Uhr, verschied plötzlich
 und unerwartet mein lieber
 Vater, unser lieber
 Onkel, der Schriftföhrer
Max Mehlmann
 im 64. Lebensjahre. — Der
 Selbsterlöbnis war wäh-
 rend 43 Jahre in der Gitten-
 schen Buchdruckerei bis
 zu deren Auflösung tätig.
 Dies zeigt, um dieses
 Weiblich Bistand, tiefbetruht
 an im Namen der Hinter-
 bliebenen
 Mathilde Mehlmann
 geb. Herdt.
 Bantow, 18. Debr. 1920.
 Die Einäscherung findet
 Freitag, den 17. Dez., abends
 6 Uhr, im Krematorium
 Gerichtsstraße statt.

Produktiv-Genossenschaft
 „Fein-Mechanik-Berlin“
 E. G. m. b. H.
 Die Genossenschaft ist auf-
 gelöst. Die Gläubiger werden
 aufgefordert, sich zu melden.
 Die Liquidatoren,
 ger. Kauschmann, ex. Bessen
 gez. v. Schönermarck.
Spezialarzt
 Dr. med. Weckentuf
 Friedrichstr. 125 Oranienbr.
 Tor. 11-15-7
 Sont. 11-1. Coobilla, Horn,
 Frauenleben, Blutunter-
 suchung, Schmerzlinderung,
 ohne Drogenführung, Teilhabig.

Spezialarzt
 Dr. Haedicke
 Haut-, Geschlechtsleiden, Blut-
 untersuchungen, Salvarsan-
 kuren, Friedrichstr. 187, u. d.
 Mohrenstr. 11-1, 3-4, Stg. 11-1.
Dr. med. Grütering
 Haut-, Harn-, Geschlechtsleid.,
 u. Männ. u. Frauen, Blutunter-
 suchungen, Friedrichstr. 35, Ecke
 Chausseestr., Stg. Dht. Spr.
 Wochentags 11-1, 1/2-1/2-7.

Bettläsigen!
 Befreiung sofort.
 Alter u. Geschlecht an-
 geben. Ausk. umsonst.
 San. Inst. Gg. Engelbrecht,
 München 8. 69, Karpuzenstr. 9.

Große Weihnachts-Messe
auf Teilzahlung
 unter günstigsten Zahlungsbedingungen
 in den Abteilungen
Herren - Kleidung
 Anzüge / Jacketts / Schlüpfer / Pelzjoppen
Damen - Kleidung
 Kleider / Kostüme / Mäntel / Hüsen
Pelz-Konfektion
 Kreuzmäntel / Mäntel / Pelz-Mäntel
 Teppiche / Gardinen / Portiären
 Tischdecken / Chaiselongues u. Stoppdecken
Klein- u. Luxus-Möbel
 Esajären / Glaschränke / Klaviersessel / Truben
Niedrigste Anzahlung!
B-FEDER
 Norden: Brunnen-Strasse 1
 Osten: Frankfurter Allee 330
 Süden: Kottbusor Damm 103
 Westen: Charlbg., Scharronstr. 3

Sonntag 1-6 geöffnet
DISKRETES
 Sonntag 1-6 geöffnet
Teilzahlungssystem
 Pro'swarte
 Weihnachts-Geschenke.
 Große Auswahl in
 Gold- und Silberwaren
 Luxus- und Lederwaren, Schirmen und Stöcken.
Eine Sehenswürdigkeit
ist unsere Ausstellung!
 Kristall und Porzellan
 Stand- und
 Zimmeruhren
 Musik- und
 Fotoartikel
 Spielwaren.
JONASS & CO
 Berlin SW. 61 Belle-Alliancestr. 7-10

Kriegsanleihe wird zu 24% in Zahlung genommen.
Für Plüsch und Pelz
3 Ausnahmetage!!
 Plüschmäntel 595-1345 Astrachanmäntel 349-759
 Sealplüschmäntel 2430
Pelzmäntel 2100-7980
 Pracht-Ulster 89, 117, 145, 189-745
 Gesellschaftskleider 350-795 Kostüme 156-945
 Strickjacken 42-379 Stoffröcke 44-289
 Gummimäntel 375, für Herren 435 Impr. Mäntel 250
 Entzückende rote Kindermäntel in allen Größen 350
Westmann
 1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Größtes Spielwaren-Geschäft der Welt!
Puppen-Fabrik
19 Schaufenster
Bernhard Keilich
 Preise niedrigst, z. B. Eisenbahnen, Wiegopferde, Puppenwagen
 Gr. Hamburger Str. 21, 22, 23, Oranienburger Str.
 dicht am Zirkus Busch, Hackescher Markt, Bahnhof Börse.

Konsum-Genossenschaft
 Berlin u. Umg., e. G. m. b. H.
 In dieser Woche kommen
20 Waggons billige Lebensmittel
 zur Verteilung:
Palmbutter (für Weihnachtsgebäck) Pfundtafel 17.00 M.
Kokosfett la prima Qualität, p. Pfund 16.00 „
Reines Schweineschmalz „ 21.00 „
Margarine (Holländische, als Butter-Ersatz) „ 13.90 „
Oldenburger Hartkäse „ 3.80 „
 Französische **Walnüsse** 1/2 Pfd. 5.25
 Sizilianische **Haselnüsse** 1/2 Pfd. 4.50
Gr. Rosinen 1/2 Pfd. 8.50
Sultan-Rosinen 1/2 Pfd. 11.00
Mandeln 1/2 Pfd. 10.00
Korinthen 1/2 Pfd. 8.00
Maismehl u. Grieß 1/2 Pfd. 2.25
Hefe (z. Backen) 1/2 Pfd. 3.60
Kaffee, Kakao, Tee zu billigsten Preisen.
 Als Geschenkartikel für das Fest besonders geeignet:
Präsentkörbe mit reichhaltiger Füllung auf vorherige Bestellung.
 Weihnachtspackungen in Qualitätszigarren und Zigaretten.

Ein praktisches Weihnachts-Geschenk
 für jeden Herrenschneider bildet das von allen Fachleuten so glänzend begutachtete
neue Lehrbuch zum Selbstunterricht für Herrenschnäuer.
 144 Seiten stark, 250 Zeichnungen und Figuren, auf feinem Illustrationspapier gedruckt, elegant
 gebunden. Preis M. 115,-, portofrei, oder ein
Gutschein für einen Zuschneidkursus in der Herren- oder Damenschneiderei
 an **Privat-Zuschneide-Schule J. Kumpen**, Berlin SW. 46,
 Der nächste **Wendekursus** für Herren- und Damenschneiderei beginnt am 3. bzw.
 5. Januar 1921. — Tageskarte beginnen jeden Montag.
 Ausführliche Prospekt auf Wunsch kostenlos!
 Herrn J. Kumpen, Berlin SW. 46.
 Das Lehrbuch „Die neue Schneidmethode des Schneiders“ habe ich erhalten. Habe dar-
 auf mich sofort zuwenden lassen, aber ich bin schon ganz fröhlich und glücklich, es (weil
 was ganz Neues, Erfindliches zu sein. Sobald ich etwas Ruhe habe im Geschäft, werde ich
 mich darin vertiefen.
 Garmberg i. S., 10. Dezember 1920. Paul W. Schneidermeister.
 Häufige andere ähnlich lautende Prospektirten laufen fast täglich ein und können bei mir
 im Original einsehen werden.

Gepründet 1894
Pelz-
 waren in gros
Einzelverkauf
 Alaakaffische, Kreuz-
 fische, Pelzkragen von
 100 M. an, Pelzmäntel,
 Herren-Sportpelze
S. Schlesinger
 Neue Königstr. 21
 (Ordoananz-Haus)
 kein Laden, II. Stock
 Bitte genau auf Firma
 und Hausnummer 21
 zu achten!

Alles denkbar billigst!
Damenstrümpfe, engl. lang, Paar M. 7.50 9.12.50
Herren-Hemden, glatt u. m. Einsatz, M. 26.50
Herren-Normalhemden . . . M. 39.75
Kaki-Kord, gegen Bezugschein, Meter M. 16.40
Inlett, 110 cm breit, gegen Bezugschein, 25.20
 ausendicht, Meter M. 25.20
Eduard Mankewitz,
 Charlottenburg,
 33, Goethe-Strasse 33.

Mechanische Werkstatt
 betriebsfertig zur Uebernahme, wegen Jubiläum aufse sofort ver-
 fähig, Verhältnisse günstig für Automobilerparaturen,
 sowie für alle Reparaturen an Maschinen, gegen Bagelicher
 Preis. Anfragen unter N. 16 an die Hauptgebeten des
 „Vormittels“. 10099

Billiger Weihnachtsverkauf
 in
 Gardinen, Bettdecken, Tischdecken,
 Stoves usw.
Gardinenwerkstätten Krüger, Neudöln,
 Begehr, 87 II, am Ringbahnel.

Stellenangebote
 Wir suchen für die Montage großer
 Hochspannungs-Schaltanlagen mehrere
 selbständig arbeitende
Monteure
 für dauernde Beschäftigung. Bewerber mit
 längerer Tätigkeit bei Großfirmen wollen
 sich unter Einreichung von Zeugnisabschriften
 schriftlich melden bei
Brown, Boveri & Cie.,
 Aktiengesellschaft, Abt. Abm.,
 Mannheim-Käfertal.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Berlin X. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftstagen von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 180, 1290, 1297, 9714.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!
Branchen-Versammlungen!

Maschinenarbeiter
 heute Mittwoch, den 15. Dezember, vorm. 11 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1.

Mechaniker, Optiker
 am Donnerstag, den 16. Dezember, vorm. 11 1/2 Uhr,
 im Sitzungssaal, Linienstr. 83-85.

Arbeiterinnen
 am Donnerstag, den 16. Dezember, mittags 1 1/2 Uhr,
 im Arbeitsnachweis, Schulzeisenstr. Große 15.

Junggehilfen
 am Freitag, den 17. Dezember, vormittags 11 Uhr, im
 Sitzungssaal, Linienstr. 83-85.

Mitglieder-Versammlung
 der Schraubendreher, Automateinrichter, sowie
 aller in Schraubenbetrieben Beschäftigten.

Achtung! Wahlleiter zur Abstimmung!
 Donnerstag, den 16. Dezember, nachm. 5 Uhr, im
 Sitzungssaal, Linienstr. 83-85.

Konferenz
 aller bei der Wahl am 18., 19. u. 20. Dezbr.
 tätigen Wahlleiter.

In dieser Konferenz wird auch das Material für
 die Wahl ausgegeben.
 Auf Beschluß der Generalversammlung müssen in allen
 Versammlungen, die zur Wahl unserer Gewerkschaft Stellung
 nehmen, alle Richtungen zu Worte kommen.
 Die Ortsverwaltung.
 130-2

Hausuhren,
Armbanduhren,
Juwelen, Gold-, Silber-, Alfenidwaren
Emil Quade, Schöneberg,
 Hauptstraße 148.
 (In Brillanten stets Gelegenheitskäufe!)

Weihnachtsbäume
 billig abzugeben: Donnerstag, 16. d. M., nachm. 2-5
 Lager Trebbiner Straße 8 (Nähe Anhalter Güterbhf.).

Neues Schutz- und Heilverfahren
 gegen Tuberkulose, Skrophulose,
 Unterernährung, Bruchspaltung.
 W 62, Kleiststr. 22, Kurhaus Mittel-
 Weibschl. Lütz. 4397. Schreiberhan,
 sprechst. 10-12, 4-6. **Dir. C. Genter**
 Riesenzugberge.

Groß-Berlin

Angestelltenprotest gegen die Hotelknechtungen.

Die von der Staatsanwaltschaft bedrängten Hotelbesitzer hatten ihre letzte Hoffnung auf die Angehörigen gesetzt. Diese sollten ihnen Wappenschilder leisten und einen Druck auf die Behörden ausüben, damit die Schlemmerkolonne unbelästigt bliebe. Aber die Versammlung von Angestellten der geschlossenen Hotelbetriebe, die vom Betriebsrat der Hotelbetriebe-Gesellschaft zu gestern mittag nach dem Wintergarten einberufen worden war, dürste die Hoffnungen der Hotelbesitzer sehr herabgestimmt haben.

Der Referent Gabel vom Gewerkschaftsbund warnte die Angestellten andächtig, sich wieder mal vor den Wogen der Arbeitgeber spannen zu lassen. Die Schlemmerkolonne in den Hotels diene zwar dem wucherischen Profitinteresse der Hoteliers, aber für die wenig kaufkräftige Masse der Bevölkerung werde durch den von Hotels getriebenen Scheinhandel die Nahrungserziehung nur noch mehr verelendert und erschwert. Das harte Vorgehen der Behörden sei berechtigt. Nur müsse man verlangen, daß auch gegen die wuchernden Produzenten, im besonderen gegen die Wagnarier, mit gleicher Strenge eingeschritten werde. Zur Stilllegung der Hotelbetriebe liege kein zwingender Grund vor, denn die Weiterführung unter Aufsicht der Nationalisierungskommission sei sehr wohl möglich. Die Betriebsräte hätten sofort auf eigene Faust die Wiedereröffnung und Weiterführung ins Werk setzen sollen. (Lobholler Beifall.)

In der Diskussion wurde fast allgemein das Vorgehen der Hoteliers verurteilt. Einen Verweigerer fanden sie eigentlich nur in einem einzigen Redner, der aber mit seinen Ausführungen starken Widerspruch fand. Der Gedanke einer Betriebsweiterführung durch die Betriebsräte wurde von verschiedenen Rednern begrüßt und zur Ausführung empfohlen.

Eine vom Betriebsrat der Hotelbetriebe-Gesellschaft vorgelegte Resolution mißbilligte das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen weit zurückgehende Liebertätigkeiten, zu denen alle größeren und kleineren Gastwirtschaftsbetriebe gezwungen gewesen seien, und forderte eine Amnestie. Für die Zukunft sei zu fordern strenge Innehaltung der Vorschriften, Lebensordnung durch eine Kommission von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sofortige Anzeigepflicht und Abmilderung aller Liebertätigkeiten. Diese Resolution wurde gegen eine schwache Widerarbeit abgelehnt.

Angenommen wurde mit sehr starker Mehrheit eine vom Referenten vorgelegte Resolution. Sie sagt hauptsächlich folgendes: Die wirtschaftliche Schließung der Betriebe durch die Hoteliers will die Behörden zur Aufhebung ihrer Verordnung zwingen. Sie ist aber eine verfehlte Maßnahme und kann die Lage nur verschärfen. Die Gastwirte und Hoteliers müssen erkennen, daß auch sie die Pflicht haben, die Gesetze zu beachten. Nur so kann der die Volksernährung schädigende Übermaß an Luxus eingedämmt werden. Die Angestellten lehnen ganz entschieden ab, sich als Sorkspann für die Arbeitgeber mißbrauchen zu lassen. Sie protestieren dagegen, daß Hinweise auf die Notlage der Angestellten von den Arbeitgebern zur Förderung ihrer Zwecke benutzt werden. Sie verlangen

sofortige Wiedereröffnung der Betriebe,

Nahrung der Betriebe unter Beobachtung der Gesetze, Einsetzung einer Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. Vertretern der Organisationen und der Betriebsräte, die zusammen mit den Behörden Maßnahmen zu beraten hat, um endlich Bewältigung im Hotelgewerbe herbeizuführen. Sie fordern weiter ein Vorgehen gegen den Wucher auch der Produzenten. Die fehligen Maßnahmen lassen den Wucher nicht an der Wurzel und verdrängen nur den kapitalistischen Anstrich der Regierung. Die Angestellten erwarten Besserung nur von einer sozialistischen Regierung und werden sich für eine solche einsetzen.

Gleichfalls mit starker Mehrheit wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, beim Reichswirtschaftsministerium anzugehen, daß auch Konditionen und alle Privathaushaltungen der oberen Zehntausend kontrolliert und nötigenfalls vom Wuchergesetz getroffen werden.

Die drei gerechten Kammacher.

Von Wolfried Keller.

Aber wer beschreibt ihr Erkommen, als der Schwabe sich gerade so benahm, wie sie selbst, und sich die Erkennung, die zwischen ihnen vorging, noch einmal wiederholte zu dritt, wodurch sie nicht nur dem Dritten gegenüber in eine unverhoffte Stellung gerieten, sondern sie selbst unter sich in eine ganz veränderte Lage kamen.

Schon als sie ihn im Bette zwischen sich nahmen, zeigte sich der Schwabe als vollkommen ebendärtig und lag wie ein Schmelzholz so starr und ruhig, so daß immer noch ein bißchen Raum zwischen jedem der Geistes blieb und das Gedächtnis auf ihnen lag, wie ein Papier auf drei Seringen. Die Lage wurde nun ernster, und indem alle drei gleichmäßig sich gegenüberstanden, wie die Winkel eines gleichseitigen Dreiecks, und kein vertrauliches Verhältnis mehr zwischen zweien möglich war, kein Wankensstillstand oder anmutiger Witzstreit, waren sie allen Ernstes beifallen, einander aus dem Bette und dem Haus hinaus zu drängen. Als der Meister sah, daß diese drei Käuze sich alles gefallen ließen, um nur da zu bleiben, brach er ihnen am Lohn ab und gab ihnen geringere Kost; aber desto fleißiger arbeiteten sie und setzten ihn in den Stand, große Vorräte von billigen Waren in Umlauf zu bringen und vermehrten Bestellungen zu genügen, also daß er ein Geldvergnügen durch die stillen Gefellen verdiente und eine wahr Goldgrube an ihnen besaß. Er schmolzte sich den Gurt um einige Löcher weiter und spielte eine große Rolle in der Stadt, während die städtischen Arbeiter in der dunkeln Werkstatt Tag und Nacht sich abmühten und sich gegenseitig hinanforsterten wollten. Dietrich, der Schwabe, welcher der jüngste war, erwies sich als ganz vom gleichen Holze geschnitten, wie die zwei andern, nur besaß er noch keine Erkenntnis, denn er war noch zu wenig gereift. Dies wäre ein bedauerlicher Umstand für ihn gewesen, da Trost und Frieden einen zu großen Vorsprung gewonnen, wenn er nicht als ein erfindungsreiches Schwalbchen eine neue Sondermacht herausgefunden hätte, um den Vorteil der andern aufzuwiegen. Da sein Gemüt nämlich von jählicher Leidenschaft frei war, so frei wie dasjenige seiner Nebengesellen, außer von der

Ausschnitte aus der bürgerlichen Stadtverwaltung.

Vor einigen Wochen wurde in einem Artikel darauf hingewiesen, daß es im Westen noch zahlreiche, viel zu große Wohnanlagen gäbe, die Bruchstücke und Wohnunugslosigkeiten überwiegen würden. Vorher hatte der Verfasser dem Wohnungsamt bereits etwa 200 solcher Wohnanlagen schriftlich anzeigt. Darauf hat die zweite Wohnungsinspektion geantwortet, daß nun mehrere Wohnunugslosigkeiten beschlagnahmt seien, bei anderen Prüfung stattfände. Öffentlich macht die Inspektion nun gründliche Arbeit.

Auch die städtische Güterverwaltung ist mit „Nachseuten“ besetzt, die es aber ebensowenig wie bei der Grundbesitzungs-Deputation verheißern haben, daß vielfach das städtische Eigentum veräußert worden ist. So hat die Stadt auf den Hirschkamp bei Döbber ein Herr Gottlob erworben, ein früherer Spinnereibesitzer, jetzt Rentier und Millionär. Er bewohnt eine Villa in Jochenberg, trotzdem verleierte ihm der Administrator Lanoner auf dem Wohnunugsamt Kleinbeeren von eine zweite Wohnunugslosigkeiten von 8 Wohnräumen, reichlichem Anbau, Garten, Wasserleitung, Schornstein und Hofwegen für 1925 M. Dazu 1/2 Morgen Grundstücken mit 70 Obstbäumen, vielen Verrentstücken und Gemüsegärten für jährlich 77,50 M. Nachdem ihm gefällig war, wurden Wohnunugslosigkeiten und Garten abgetrennt und die Miete für jene auf 8200 M. für diesen auf 200 M. jährlich erhöht. Auch dies ist mindestens für den Garten noch viel zu billig. Gutausgestellte Gärten den Wert von 10000 M. bei den heutigen Preisen und hielten 2000 M. Wert; auch die städtische Erziehungsanstalt Kleinbeeren würde ihm gern pachten; aber der Millionär Gottlob erhält ihn erst für 77, dann für 200 M. Um den Pächtern wegen der zweiten Wohnunugslosigkeiten, wurde ein Angestellter von Gottlob als „Nachseute“ in die Wohnunugsamt geschickt. Dabei haben drei städtische Bureauangestellte in Döbber keine Wohnunugslosigkeiten, sondern müssen alle Tage nach Berlin fahren, wo sie den Berliner Wohnunugsämtern die Wohnunugslosigkeiten mitnehmen. Gottlob hat auch noch die Pächter nach bekommen und sie gleich weiter verpachtet, trotzdem das verboten ist. Ferner sind ihm 8 Morgen Land verpachtet, und er soll noch 48 Morgen dazu bekommen, trotzdem er kein Landwirt ist, die kleinen Landwirte in Kleinbeeren gern das Land pachten möchten und über die Bevorzugung Gottlobs empört sind.

Das ist aber noch lange nicht alles. Gottlob's Pferde stehen im Ausfall und werden vom Gut verpachtet. Auch der Acker wird vom Gut bestellt und besaht. Angekündigt wurde das dadurch abgelehnt, daß die Pferde auch teilweise für das Gut arbeiten. Das war aber nicht der Rede wert. Erst als ein anderer verlangte, auch seine Pferde unter diesen Bedingungen unterzubringen, wurde die Sache geändert. Seit 1. Oktober besitzt Gottlob das Futter für seine Pferde.

Am 1. 11. 1919, als die Kartoffeln noch unter Zwangsbeschaffung standen und viele Arbeiter sich nur mit Röhre und Rot Nendelrüben Kartoffeln verschaffen konnten, wurden ohne Genehmigung der Vorschriften an den Millionär Gottlob direkt vom Felde etwa 100 Renteur Kartoffeln geliefert, ohne daß sie geerntet und ohne daß sie in die Mäcker eingetragen wurden, so daß sie gar nicht besaht worden wären, wenn Genosse Inspektor Kluge in Verfolg der Sache nicht der Deputation angezeigt hätte. Was geschah nun? Die Anzeige wurde nach altertümlicher Art vom Güterdirektor an den Hauptkultivator, Administrator Lanoner, zum Bericht und zur Genehmigung der Regierung seiner Unterabteilung gelangt. Es berührte natürlich alles auf Verbleiben. Nur eine annähernde Strafe wurde verhängt, aber Lanoner ist trotz aller dieser und noch anderer Pflichtverletzungen noch heute auf seinem Posten, während Kluge vertrieben worden ist, natürlich nicht wegen der Anzeige, sondern aus „dienstlichen Gründen“. Wie muß dieses Verfahren auf die Angestellten und Arbeiter wirken, die die Kontrolle kennen? Sie müssen sich doch sagen, daß man wohl Pflichtverletzungen beachten, sie aber nicht anzeigen darf. Hier muß die neue Verwaltung mit eifriger Energie eingreifen und rücksichtslos die Schuldigen bestrafen.

Die Provisionen in der Reichsgemüchsstelle.

Nachdem das Strafverfahren gegen den ehemaligen Procuristen der Reichsgemüchsstelle für Gemüse und Obst, Herrn Plate, wegen des rechtsmindernden Bezugs von Provisionen in Höhe von 1100000 M. durch die Anwaltschaft erledigt worden ist, schweigt noch ein objektives Versehen wegen Einziehung zwischen dem Verein zur Bekämpfung des Verzehrsunwesens und den Interessenten. In dieser Sache stand gestern Termin vor der 8. Strafkammer des

Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Weigert an. Das objektive Versehen wurde durch folgende Vereinbarung erledigt: Plate verpflichtete sich, 200000 M. in Prozentiger deutscher Reichsanleihe und 100000 M. in bar an die zuständige amtliche Stelle zur Verwertung für die hungernden Kinder Deutschlands zu überweisen. Öffentlich werden in dem noch anhängigen Zivilprozeß der Reichsgemüchsstelle gegen Plate auch noch die übrigen 800000 M. zu Unrecht empfangenen Provisionen eingezogen. Um diese Summen sind der Bevölkerung in der Zeit schwerster Not die notwendigen Nahrungsmittel veräußert worden. Ein Vorgehen, das mit der Einziehung der Provisionen immer noch zu gelinde gestraft wäre.

Berlins Finanzbedarf.

Nur Deckung des kommenden Finanzbedarfs hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung drei neue Steuerordnungen zur Beschlußfassung vorgelegt und zwar: 1. einer Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer von der Erlangung der Erlaubnis zum handlichen Betrieb der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus in der Stadtgemeinde Berlin; 2. einer Wohnsteuerordnung bei vorübergehendem Aufenthalt in der Stadtgemeinde Berlin; 3. einer Ordnung für eine Wohnunugssteuer in der Stadtgemeinde Berlin. Weitere Entwürfe befinden sich noch in Vorbereitung und werden der Stadtverordnetenversammlung alsbald zugehen. Die Absicht ist, schon vor der Vorlegung des Haushaltsplans der Stadtverordnetenversammlung die Ausschussberatung der Steuerordnungen zu ermöglichen.

Die Finanz- und Steuer-Deputation der neuen Stadtgemeinde Berlin hielt gestern vormittag im Rathaus zu Berlin ihre erste Sitzung unter Leitung des Stadtkämmerers Böck ab. Als wichtiger Punkt wurde die Aufgabe der Stadthaushaltspläne für die Jahre 1920 und 1921 und Herstellung des Gleichgewichtes der Einnahmen und Ausgaben herbeigeführt. Eine weitere Aufgabe wird die künftige Einrichtung der Finanzverwaltung und Abgrenzung der Zuständigkeit der Zentral- und der Bezirksverwaltungen sein. Der Kämmerer gab einen kurzen Überblick über die Finanzlage der neuen Stadtgemeinde. Eine Audirunde hierüber soll in der nächsten Sitzung am Sonnabend stattfinden.

Die Notwendigkeit einer umfassenden Arbeit der Deputation an den großen Aufgaben der städtischen Finanzverwaltung wurde allseitig anerkannt. Der Stadtkämmerer stellte die baldige Vorlage eines ausführlichen Finanzberichts, der auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll, in Aussicht.

Ein vielseitiges Genie.

Bei der Abholung eines Liebesbriefes verfaßte wurde ein Gauner, der angibt, Heinz Wolfenberg zu heißen und 25 Jahre alt zu sein. Ueber seine sonstigen Verhältnisse verweigert er jede weitere Auskunft, ebenso jede Unterschrift. Wer er eigentlich ist, steht noch nicht fest. Ein Millärpaß, den er bei sich hatte, ist ebenfalls gefälscht.

Der angegebene Wolfenberg betätigte sich im Hauptberuf als Heiratsschwindler. Als Affessor Dr. Harry Wolf machte er die Bekanntschaft heiratslustiger junger und auch angeheirateter Damen. Durch sein elegantes äußeres Auftreten fand der Herr Affessor nicht nur den Weg zum Herzen der Schönen, sondern ihr bald auch zu deren Portemonnaie. In Breslau und in Berlin machten verschiedene heiratslustige Damen ihre Eheheiratung recht teuer bezahlt. Daneben betrieb Wolfenberg auch einen neuartigen Schwindel. Als „Referendar“ übernahm er die Vertretung von Rechtsanwältinnen und benutzte die Gelegenheit zu den verschiedensten Verbrechen. Schließlich verlor Wolfenberg es auch, billig einzufahren, indem er größere Einkäufe machte und diese mit wertlosen Scheds bezahlte.

Ein Verbrechen, das zur Klärung des Nachbarnschicksals dienlich der Berliner Kriminalpolizei führte, war gestern vormittag in Wilmersdorf verurteilt. Dort war der 43 Jahre alte Architekt Ernst Streit in seiner im dritten Stockwerk des Hauses Wilhelmstraße 8 belegenen kleinen, aus Einbe und Küche bestehenden Wohnunugslosigkeiten unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Der Mann war seit 14 Tagen nicht gesehen worden und in seiner Wohnung war alles in Unordnung. Zur Aufklärung des Geheimnisses begab sich der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe und Kriminalkommissar Hoppe mit seinen Beamten dorthin. Die Aufnahmen des Totbefandes ergab jedoch alldies, daß kein Verbrechen vorliegt. Der Mann ist eines natürlichen Todes gestorben. Die Unordnung rührt daher, daß der Mann als Junggeselle weniger auf Ordnung gehalten hatte. Zur genauen Feststellung der Todes-

ursache lag, und ein Körbchen, aus wohlriechenden Salmen geflochten, sowie eine, aus Glasperlen und Gewürznelken zusammengesetzt; endlich ein kleines Buch, in himmelblaues geripptes Papier gebunden mit silbernem Schloß, betitelt: Goldene Lebensregeln für die Jungfrau als Braut, Gattin und Mutter; und ein Traumbüchlein, ein Briefsteller, fünf oder sechs Liebesbriefe und ein Schnepfer zum Aderlassen; denn einst hatte sie ein Verhältnis mit einem Barbiergehilfen oder Chirurgiegehilfen gepflogen, welchen sie zu ehelichen gedachte; und da sie eine geschickte und überaus verständige Person war, so hatte sie von ihrem Liebhaber gelernt, die Ader zu schlagen, Blutegel und Schröpfköpfe anzusetzen und dergleichen mehr und konnte ihn selbst sogar schon rasieren. Allein er hatte sich als ein unpünder Mensch gezeigt, bei welchem leichtlich ihr ganzes Lebensglück aufs Spiel gesetzt war, und so hatte sie mit trauriger aber weiser Entschlossenheit das Verhältnis gelöst. Die Geschenke wurden von beiden Seiten zurückgegeben mit Ausnahme des Schnepfers; diesen vorerhielt sie als Unterpfand für einen Gulden und achtundvierzig Kreuzer, welche sie ihm einst bar geliehen; der Unwürdige behauptete aber, solche nicht schuldig zu sein, da sie das Geld ihm bei Gelegenheit eines Balles in die Hand gegeben, um die Ausgaben zu bestreiten, und sie hätte zweimal soviel verzehrt, als er. So behielt er den Gulden und die achtundvierzig Kreuzer und sie den Schnepfer, mit welchem sie unter der Hand allen Frauen ihrer Bekanntschaft über ließ und manchen schönen Bogen verdiente. Aber jedesmal, wenn sie das Instrument gebrauchte, mußte sie mit Schmerzen der niedrigen Bestimmungsort dessen gedenken, der ihr so nahe gestanden und beinahe ihr Gemahl geworden wäre!

Dies alles war in der lederten Tüte enthalten, wohl verpackt, und diese war wiederum in einem alten Ruchbaumstrang aufgegeben, dessen Schloß die Ruz Bünglin allfort in der Tasche trug. Die Person selbst hatte dünne rötliche Haare und wasserblaue Augen, welche nicht ohne Reiz waren und zuweilen sanft und weise zu blicken wußten; sie besaß eine große Menge Kleider, von denen sie nur wenige und stets die besten trug, aber immer war sie sorgsam und reinlich anzuhaben, und ebenso sauber und aufgeräumt lag es in der Tüte auf (Fortf. folgt.)

Die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Sitzung des Reichswirtschaftsrats.

In der Fortsetzung der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, erhielt bei der Beratung des Antrags Wissell über die produktive Erwerbslosenfürsorge das Wort: **Redakteur Umbreit** (Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund): Für die produktive Erwerbslosenfürsorge sind Mittel außerordentlich schwer zu beschaffen. Die Gemeinden legen Heber Steuern und Abgaben an, statt Reparaturen oder Wohnungsbauten vorzunehmen. Der Bau einer Wohnung kostet heute in München 150 000 M., im Ruhrgebiet 100 000 M., und in Berlin 80 000 M. bis 70 000 M. Davon machen

die Löhne nur etwa 30 Prozent

aus. Ohne eine wesentliche Senkung der Baumaterialkosten werden wir der Schwere nicht Herr. Deshalb schlägt der Ausschuss die Bildung von Selbstverwaltungsorganen unter Beteiligung der Arbeiter vor. Auch eine Wohnungsbauorganisation würde nicht viel helfen. Das kann nur eine gemeinwirtschaftliche Organisation der Bauwirtschaft sein. **Oberbürgermeister Bläser** (Dresden) (Hausbesitzer): Wir müssen zu möglichst sparsamer Bauweise übergehen und unsere Anforderungen an die Wohnungen vermindern. Für eine zentrale Regelung sind die Verhältnisse zu kompliziert. — Auf Antrag von Staatssekretär August Müller wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt. — **Ministerialdirektor Krüger** (Reichsarbeitsministerium): Das Reichskabinett hält daran fest, daß Vorzugschüsse ohne Deckung nicht bereitgestellt werden können. Ueber die Mietsteuer hat jetzt der Reichstag zu entscheiden.

Baumaterial-Road (Selbständiger Handwerker): Die gemeinnützigen Genossenschaften haben zum Teil mit den Zuschüssen gewartet. Wir müssen rasch Geld haben, sonst wird im nächsten Jahr wieder nicht gebaut. Die Mietsteuer ist sehr geeignet. **Tischler Schumacher** (Gewerkschein der Holzarbeiter): Staatssekretär Girsch lehnt die Mietsteuer ab. Wozu dann unsere Arbeit? An einen

Abbau der Löhne

ist vorläufig nicht zu denken. Die Baustoffpreise sind unverhältnismäßig mehr gestiegen als die Löhne.

Verbandsvorsitzender Bedmann (Gewerkschaftsbund der Angeheilen): Die Höchstlöhne sind ein ganz plumper Eingriff. Wir müssen uns auf den natürlichen Ausgleich der Preise verlassen.

Damit schließt die Aussprache.

Angenommen wird mit großer Mehrheit ein Antrag Fortes, der die Löhne dahin ändert, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bauarbeiter nicht gefordert und Akkordarbeit nur nach tariflicher Vereinbarung zulässig sein soll.

Einstimmig werden dann die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses angenommen. Ein Antrag Wissell auf Bildung eines Ausschusses von 24 Mitgliedern für Wohnbau- und Siedlungsfragen wird gleichfalls einstimmig angenommen. — **Redakteur Umbreit** (Allg. Gewerkschaftsbund) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, er würde statt einer Mietsteuer einen Zuschlag zur Einkommensteuer empfehlen.

Unternehmervorstoß gegen die Regierung.

Herr v. Siemens (Industrie, Arbeitgeber) begründet folgenden Antrag: Die vereinigten wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschüsse haben in ihrer Sitzung vom 23. Oktober 1930 den auf ihre Anregung von der Regierung vorgelegten Entwurf einer Verordnung betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -Stilllegungen unter der ausdrücklichen Voraussetzung einstimmig zur Durchführung empfohlen, daß am Schluß des § 6 die Worte hinzugefügt werden: „oder wenn nachweislich Mangel an Rohstoffen, Betriebsstoffen und Rohstoffen vorliegt“, und daß ferner dem § 8 der Ergänzung beigefügt wird: „Wirtschaftliche Maßnahmen in Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung.“ Von Regierungssseite ist in der Sitzung ein Bedenken gegen diese Abänderungsvorschläge nicht erhoben worden. In der daraufhin erlassenen Verordnung ist indessen von den beiden einstimmig beschlossenen Vorschlägen nur der letztgenannte berücksichtigt worden, der erstgenannte dagegen ohne Beachtung geblieben. Die Arbeit des Reichswirtschaftsrats muß als nutzlos angesehen werden, wenn die von ihm auf Grund einer in seinen Beratungen betriebenen Einigung beschlossenen Anträge von Seiten der Regierung nur in ganz einseitiger Weise verworfen werden.

Die Antragsteller bitten den Reichswirtschaftsrat, die Regierung zur Abgabe einer Erklärung darüber aufzufordern, warum sie der einstimmig abgegebenen Äußerung des Reichswirtschaftsrats bei der endgültigen Abfassung der Verordnung nur zu einem Teil Folge gegeben hat.

Staatssekretär Girsch: Die Regierung ist von den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats nur aus formellen juristischen Gründen abgewichen. Der Antrag wurde innerhalb zehn Minuten formuliert und seine Fassung war juristisch so unglücklich, daß die Reichsregierung eine andere Fassung wählen mußten, eine Fassung, die sogar noch über die des Reichswirtschaftsrates hinausgeht, weil sie alle Fälle der „höheren Gewalt“ umfaßt.

Redakteur Umbreit: Die Erklärungen der Regierung sind uns verständlich. Wie stellt sich aber der Reichswirtschaftsrat, wenn die Regierung Beschlüsse außer acht läßt, die erst nach schwierigen Kompromissen gefunden worden sind? Man hätte dem Reichswirtschaftsrat die bessere Formulierung vorlegen sollen. (Sehr richtig!)

Der Antrag v. Siemens wird gegen wenige Stimmen angenommen. — Die

zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes

wird auf Mittwoch vertagt, weil die Verhandlungen zwischen den Gruppen noch nicht erledigt sind.

Geheimrat Dr. Schwarz vorbringt einen Antrag auf unverzügliche Vorlegung einer Uebersicht über die noch fortbestehenden Kriegsgesellschaften oder Kriegswirtschaftsstellen resp. Abgangswirtschaftsstellen.

Direktor Wällein (Zentralverband der Konsumvereine): Ich gehöre zu dem vom Reichstag eingeleiteten Ausschuss zur Prüfung der Kriegsgesellschaften. Das Material ist sehr umfangreich. Wir werden aber nun zuerst dafür zu sorgen haben, daß die Gesellschaften verschwinden, und wir werden dafür sorgen. (Beifall) **Beifall.** — Der Antrag wird einstimmig angenommen. —

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr: Zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes; Interpellation Cohen über die Technische Hochschule. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Neue Verschleppung des Reichsnotopfers.

Der Steueranschuss des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung des Reichsnotopfers fort.

Auf Vorschlag des **Herrn Müller** (D. Sp.) wird trotz des Widerspruchs des Staatssekretärs **Möller** beschlossen, zunächst die §§ 2 bis 7, die für die Steuerveranlagung maßgebend sind, zu beraten und den § 1 und die übrigen materiellen Bestimmungen zurückzustellen, da es unmöglich sei, die Kontrolle nach der Weisung zu verabschieden. Dazu begründet **Herr Beder** (D. Sp.) einen Antrag, nach welchem die Steuererklärung des Steuerpflichtigen die Grundlage des Steuerbetrags abgeben soll, anderenfalls müßten Verhandlungen durchgeführt werden.

Staatssekretär Möller wendet sich scharf gegen diesen Antrag, der eine

beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers unmöglich macht. Dagegen erklärt die Regierung sich auf Anregung des **Herrn Dr. Blum** (Dem.) bereit, daß der kritische Betrag bis zur Entsch-

Der Mechterstedter Mordprozess.

Die Dienstagverhandlung bringt die Vernehmung einer großen Anzahl von Mechterstetter Studenten. Zunächst wird der Theologiestudent **Heinrich Reh** über die Äußerungen vernommen, die er gegenüber Prof. Hermeling gemacht hat. Er bekennt, daß seine Kolonne auf dem Marsch von Mechterstedt auf Befehl des Hauptleutnants mit Besatzmannschaft gefahren sei. Von dieser sei ihnen zugerufen worden: „Gibt Ihr auch Gefangene gemacht“ und

„Ihr werdet nicht weit kommen“.

Kurze Zeit nach der Begegnung hörte die Kolonne, in der Reh war, hinter sich Schüsse fallen. Seine Äußerungen gegenüber Prof. Hermeling, daß er nicht in dem Studentenkorps bleiben wolle, begründet der Zeuge Reh mit dem Bericht, den der Vorsitzende seiner Verbindung, der Student **Held**, über die Führerbesprechung gegeben habe, in der erklärt worden sein soll, daß Erschießungen derart wie von **Liednecht** und **Rosa Luxemburg** nicht mehr vorkommen dürften. Wenn Erschießungen erfolgen, so müsse man den Schein wahren und den Toten Waffen in die Hand geben. Der Zeuge Reh hat das so aufgefaßt, daß der Anschein erweckt werden sollte,

als hätten die Erschossenen Widerstand geleistet.

Der Urheber der Äußerung sei der Kommandant des Studentenkorps, von **Selchow**, gewesen. Der Zeuge hat die Äußerung besonders in Erinnerung behalten, weil nachher unter den Kameraden über die Berechtigung einer solchen Bemerkung gestritten wurde. Es waren Differenzen darüber, wie man gegen die eigenen Volksgenossen kämpfen solle, ob man dem Vaterland besser diene, wenn man Sozialisten niederknalle oder wenn man sie schonungslos behandle. — Der nächste Zeuge, **Student Held**, hat als Vertreter seiner Verbindung

an den Führerbesprechungen

teilgenommen. Er hat sich zu den Ausführungen v. **Selchows** stichwortartige Notizen gemacht, zu denen er sich auf seinen Eid bekennt. Die Stichworte lauten: „Liednecht, Rosa Luxemburg, den Sozialisten Gewehre in die Hände.“ Der Zeuge kombiniert daraus folgenden Sinn: Man müsse sich vor Vorkommnissen wie den Fällen **Liednecht** und **Luxemburg** schützen. Wenn es aber zu Erschießungen — gemeint waren rechtliche Erschießungen — käme, dann wäre es besser, wenn man, damit das in der Öffentlichkeit nicht aufgedeckt (!) werde, den Leuten Gewehre in die Hände gebe, damit so der Anschein entstehe, als ob sie beim Widerstand mit der Waffe gefallen seien. Auf die Frage des Verteidigers, ob v. **Selchow** gesagt habe, es müsse ein Rechtsgrund geschaffen werden, erwidert der Zeuge, es sei nicht von ihm gesagt worden, aber von anderen nachher diskutiert worden, wie man den

Anschein eines Rechtsgrundes

schaffen könne. Ein Student **Weide** bekundet, daß mehrere von den Angeklagten sich sehr mißmutig darüber ausgesprochen hätten, daß sie in Thüringen Weizen mühten. Sie hätten die Rede so bald von den Schurkeleien des Brigadeführers, daß sie sofort nach Mechterstedt zurück wollten. Er habe den Studenten zugehört, doch noch eine Woche auszuhalten, weil der Feldoffizier der Brigade ihm gesagt hätte, in den nächsten Tagen würden Standgerichte eingerichtet und dann würden die Kerle, die Klamauf gemacht haben, vor das Kriegsgericht gestellt werden. Darauf hätten sich die Studenten beruhigt.

Verschiedene Zeugen, darunter der ehemalige Führer **Lippe**, bestritten entschieden, daß auf der Führerbesprechung gesagt worden sei, man müsse den Erschossenen Gewehre in die Hand geben, um den Anschein des Widerstandes zu erwecken. Ein Zeuge bezeichnet dies als „hundsgemeine Verdächtigung“. Der Zeuge **Lippe** erklärt bei der „barnhässlichen Denkart“ der Korpsstudenten solche Äußerungen für ausgeschlossen.

Unter den weiteren Zeugen sagt der Oberleutnant **Valbus** aus, daß er den Befehl gegeben habe: Auf fliehende wird geschossen. Er erklärt diesen Befehl für berechtigt, weil die Transportkolonne unbedingt dafür verantwortlich war, daß die Gefangenen dem Befehl gemäß nach Gotha geführt wurden. Gäßen sie anders gehandelt, so wären sie selber bestraft worden. Auf die Frage, warum man die Gefangenen nicht gebunden hatte, weiß der Zeuge auch nichts Wesentliches zu erwidern.

Die nächsten Zeugen bekunden nichts Wesentliches. Der Zeuge **Rosenrod**, ein Bruder des erschossenen Arbeiters gleichen Namens, bekundet, daß die Gefangenen unterwegs mißhandelt wurden. Ein Freund seines Bruders habe erzählt, daß der Erschossene **Koschke** ihm auf dem Wege zugerufen habe, die Zeitkritiker taunten immer:

„Ihr werdet nicht weit kommen“ und daß bei der Vernehmung eines Steueranspruchs auch die Ausschüsse mitzuwirken hätten.

Herr Beder (Dnat.) und **Herr Dr. Keffler** (Dnat.) wenden sich gegen die Grundzüge für Steuerveranlagung und verlangen weitgehenden Rechtschutz der Steuerpflichtigen.

Herr Niehmüller (Soz.). Das Reichsnotopfer muß so schnell wie möglich verabschiedet werden; eine Nachprüfung der Verhältnisse des Steuerpflichtigen durch die Finanzämter muß unter allen Umständen stattfinden.

Herr Dr. Beder (D. Sp.) stimmt dem zu, verlangt aber, daß im Falle einer beanstandeten Veranlagung mit dem Steuerpflichtigen verhandelt wird und diesem die Ausschüsse zur Seite gestellt werden sowie die Bestimmung, daß die kritische Summe nicht erhoben werden darf. (Fortsetzung Mittwoch.)

Birndorfer II.

Wie den **Dresdener Nachrichten** von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind der Geschäftsführer der Warenimportgesellschaft **Wittich u. Co.**, der daran beteiligte Kaufmann **Fahler** und der Kaufmann **Karl Hillebrandt**, erneut verhaftet worden. **Doktor Rosenhal**, einer der Hauptbeschuldigten in der großen Getreideschiebung, ist am Montag im Auto entflohen. Es ist ein Haftbefehl hinter ihm erlassen und sein Vermögen beschlagnahmt worden.

Ein sonderbares Prüfungsverfahren.

Wobon in **Berlin-Lichtenberg** die Einstellung als Supernumerar bei dem Finanzamt abhängig gemacht wird, zeigt folgende Zuschrift, die uns zur Veröffentlichung zugeht:

Ein Primaner wurde auf sein Gebühn hin aufgefordert, sich vorzustellen. Er bog sich zu dem Oberregierungsrat **Schmood** und dieser richtete u. a. folgende Fragen an den künftigen Supernumerar:

1. wie heißen die fünf Hauptstädte?
2. wie heißt ein Passionspiel?
3. wie lautet das 7. Gebot und dessen Erklärung?
4. wann ist Friedrich Wilhelm IV. geboren, Jahr und Tag?
5. wann war die Schlacht bei Waterloo?

Da der junge Mann einen Teil dieser Fragen nicht beantworten konnte, erhielt er vor einigen Tagen über seine Einstellung einen ablehnenden Bescheid.

Dieses Prüfungsverfahren mutet außerordentlich seltsam an. Was z. B. **Friedrich Wilhelm** oder das siebente Gebot, aber ein Passionspiel mit der Tätigkeit eines Supernumerars zu

Laßt doch babon!

Als das von einigen gefahren sei, habe man sie erschossen. Es sei auch gesagt worden, daß die Gefangenen Deutschland, Deutschland über alles singen mußten. Auf den Autos sollen Totenköpfe gemalt gewesen sein. Es folgten dann zwei Hauptbelastungszeugen, deren Vernehmung einen großen Teil der Sitzungen in Anspruch nimmt.

Zeuge Dreher Rudolf Arnold aus Eisenach bekundet, daß er an dem Unternehmen der Aufständischen nicht beteiligt gewesen sei. Er sei zum Besuch in Gotha gewesen und habe, da keine Eisenbahn nach Eisenach fuhr, zu Fuß zurückfahren wollen. Unterwegs traf er seinen Arbeitskollegen **Warg** und sie seien zunächst mit einem Passierchein anstandslos durch die Postenkette der Reichswehr gekommen. Bei Mechterstedt hätte aber eine Patrouille der Studenten sie angehalten und festgenommen. Sie wurden in das **Spritzenhaus** gebracht. Dort wurde gerade die Leiche eines Erschossenen herausgetragen. Im Nebenraum lag ein **Berwunderer**, der **Abtate** und immer noch Wasser schlief. Da kam ein Soldat an das Fenster und sagte zu dem Posten:

Geh doch einen Augenblick weg, in wenigen Minuten ist alles erledigt.

Ein anderer Soldat rief sogar: „Die Schweine haben einen unserer Offiziere angepöbeln, wir machen mit ihnen daselbe“. Wir fürchteten, jeden Augenblick erschossen zu werden und verflochten uns in eine Ecke. Schließlich gelang es **Warg**, einen Offizier anzurufen, der uns einen Doppelposten vor das **Spritzenhaus** stellte. Am nächsten Morgen wurden wir mit anderen inzwischen hinzugekommenen Gefangenen von der 6. Kompanie herausgebracht. Einige Soldaten sagten: Man solle uns an die Wand stellen, dann wäre alles erledigt. Als wir den Bahndamm hinter uns hatten, ging eine Schütze los. Zunächst hörten wir eine Salve, dann Einzelgeschüsse. Offenbar handelte es sich um die Erschießung von **Hornschub**. Dieser ist

nicht auf der Flucht

erschossen worden. Ich habe, nachdem ich entlassen war, das Füllhorn meines Vaters genommen und bin mit einem Bekannten hingefahren. Wir haben festgestellt, daß **Hornschub** mit den Händen in der Erde sich festgeklammert und gewürgt hatte, also nicht gleich tot war, als auf ihn geschossen wurde. Nach einiger Zeit wurde wieder geschossen. Ein Offizier sagte auf die Frage, was es sei, daß seien Vorpostengefechte. Ich fand es merkwürdig, daß Vorpostengefechte hinter der Front sein sollen. Nach einiger Zeit riefen wir auf den Transport der Angeklagten. Da wurde uns zugerufen: Das sind auch so elende Sozialistenhunde. Geht nur, wir haben nichts mehr zu tun. Der Angeklagte **Goebel** verhandelte mit unserem Kompanieführer. Wir wurden ihm übergeben und mußten nun schlammig und auf Mechterstedt zufahren. **Goebel** begann uns zu drücken. Er sagte, er wolle sehen, ob wir bei den Sozialisten etwas gelernt hätten. Wir mußten auf der Straße **Kaufmann** machen. Es lief fortwährend: „March, march, rechtsrum kehrt! usw.“ Wir mußten auch die Hände über dem Kopf halten. Einige fingen an zu wimmern. **Goebel** habe ihn wiederholt ins Gesicht geschlagen und mit dem Ausruf: „Du Schwein brauchst die deutsche Kolarde nicht“, die Kolarde von der Hüfte gerissen. Der Zeuge will gesehen haben, daß etwa 200 Schritte entfernt vier Gefangene des anderen Transportes erschossen wurden. Sie lagen in einem Quadrat zusammen, stien also sicher nicht geflohen. Auf den Einwand eines Geschworenen, es hätte doch nehmig weiter geherrscht, erklärte der Zeuge, daß der **Rebel** sich schon verzogen hatte, als die Gefangenen erschossen wurden. Der Zeuge will auch

Schreie der Sterbenden,

wie **Rutter**, **Rutter**, meine Frau und dergleichen gehört haben. Dann sei ein General im Auto gekommen und habe angeordnet, daß die Gefangenen dem **Goebel** abgenommen werden. **Goebel** kränkte sich zunächst, sie freizugehen.

Der Staatsanwalt teilt im Anschluß daran mit, daß gegen **Goebel** und zwei andere Studenten ein Verfahren wegen Mißhandlung unter Amtsmißbrauch nach Schluß dieser Verhandlung bei der Strafkammer durchgeführt werde.

Der Zeuge **Warg** schilderte in ähnlicher Weise seine Erlebnisse und behauptet insbesondere, daß sie beide im **Spritzenhaus** in Mechterstedt direkt mit dem Tode bestraft worden seien.

Die weitere Vernehmung des Zeugen **Warg** wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

im hat, können wir und nicht erklären. Vielleicht gibt Herr Oberregierungsrat **Schmood**, von dem man sich noch mehr ebensolche Blüten bei den Aufnahmeprüfungen erzählt, die notwendige Erklärung. Hat er vielleicht Supernumerar mit Superintendant vertauscht?!

Auslandsrundschau.

Infolge eines Abkommens zwischen Deutschland und Polen dürfen die nach Deutschland während des bolschewistischen Rückzugs geflüchteten Einwohner des Kreises **Strassburg** nach ihrer Heimat unbefehligt zurückkehren.

Heute meldet aus **Washington**, daß **Wilson** an das amerikanische Volk appelliert habe, europäische Kinder zu sich zu nehmen. Er selbst sei bereit, 20 Kinder bei sich aufzunehmen. Die Amerikaner könnten bei ihren Christbäumen nicht glücklich sein, wenn sie die Wälder der unglücklichen europäischen Kinder hätten, die ihre Hände nach einem Christbaum ausstrecken, nicht nach Spielzeugen, sondern nach Brot, ohne das sie verhungern müßten.

STP. verbreitete am Montag vormittag eine Pariser Meldung, wonach der französische Sozialistenkongress in **Tours** begonnen habe. Wir haben von dieser Meldung keine Notiz genommen, weil sie offenbar auf einem Mißverständnis beruht. Der Parteitag von **Tours** ist für den 24. d. M. angesetzt. Ledrigens sind die aus Paris stammenden Nachrichten in den letzten Tagen besonders unzuverlässig gewesen. Im Falle des irrtümlich totgesagten **Louquet** handelte es sich um den Abgeordneten **Pauche**, ein Mitglied der Disidentengruppe von **Rogier** und **Andriot**. Am Montag vormittag wählte **STP.** aus Paris auch den Tod des „bekannten Politikers“ **Edmond Blanc** zu melden. Einen solchen „Politiker“ hat es niemals gegeben, wohl aber einen sehr bekannten — **Rennellideseiger**.

Schluß der Besoldungsberatungen. In seiner Dienstag-Sitzung wurde die zweite und dritte Lesung der Besoldungsvorlage nach Annahme einiger Zentrumsanträge beendet.

Der unergründliche Verleumdungsfall. Zu unserem Vorgehen bezieht in Nr. 607 über die Verhandlung gegen den Rittergutsbesitzer **v. Günther-Carbe** teil und Herr **Redakteur Adermann** von der „Deutschen Tageszeitung“ mit, er habe nicht als Zeuge behauptet, daß Reichsminister eines demokratischen Regimes sich dem wohl auch am Ruber hätten können, wenn sie den ungeheuren Volkseifer bezogen, sich bei der schlechten Saluta ihr Gehalt in Gold auszahlen zu lassen. Er habe vielmehr auf eine entsprechende Frage des **Rebenlagers** erwidert, das einzige sich seiner Verteilung. — Herr **Adermann** wird zugegeben, daß auch diese Antwort nicht gerade das Bestreben verrät, dem politischen Gegner persönlich Berechtigtheit widerfahren zu lassen.

